Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

№ 3. | Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482. Geschäftsinserate pro 3gespaltene Zeile oder deren Raum 25, für Zahlst. 15 Pf. Off.-Annahme 10 Pf.

Hannover, Sonnabend, den 18. Januar 1908.

Verlag: A. Lohrberg, Hannover, Münzstr. 5. Verantwortlicher Redakteur: H. Schneider, Hannover, Münzstraße 5, III. Fernsprech-Anschluß 3002. Druck von C. A. H. Meister & Ko., Hannover.

17. Jahrg.

Streiks oder Aussperrungen.

bestehen in **Sonneberg, Halle** und **Lüneburg.**

An Streiks oder Aussperrungen beteiligt sind wir in **Meißen, Deuben** und **Nürnberg.**

Zuzug nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Kapitalistisches Recht und proletarische Moral.

So lange wir eine Menschheitsgeschichte haben, finden wir unzählige Fälle eines Widerstreits zwischen den gesetzlichen Vorschriften und den Forderungen einer höhern Moral. Recht und Moral stehen nicht selten in einem schroffen Widerspruch, und überall dort, wo sich ein neues Recht und eine neue Moral durchzuringen versucht, stoßen die Vertreter dieser neuen Ideen auf heftigen Widerstand der Anhänger der bestehenden Ordnung. Die ursprüngliche Moral, die allmählich zu Rechtsnormen versteinert ist, setzt sich gegen das Neue mit aller Kraft zur Wehr, und dieser Kampf wird um so erbitterter, je mehr es sich um Interessengegensätze zwischen den Anhängern des Alten und des Neuen handelt. Ein typisches Beispiel für einen solchen Konflikt zwischen dem bestehenden Gesetz und einer bessern moralischen Ueberzeugung ist Jesus, der große Nazarener, durch dessen Leben sich dieser Kampf wie ein roter Faden hindurchzieht. Man weiß, mit welcher unbeugsamen Energie dieser „Gottessohn" seiner Ueberzeugung, die er auf göttlichen Einfluß zurückführt, treu geblieben ist, und man weiß auch, welchen Ausgang dieser Kampf genommen hat. Nicht minder ist auch bekannt, daß die höhere Moral trotz des scheinbaren Unterliegens ihres Begründers doch den Sieg über das Gesetz davongetragen hat, weil ihre Anhänger von ihrer Ueberzeugung nicht abließen, indem sie erklärten: „Man muß Gott mehr gehorchen als den Menschen!"

Das Eintreten für eine neue, höhere Moral, das einstmals auf den Befehl Gottes zurückgeführt wurde, wird von einem modernen Menschen naturgemäß in einer andern Weise begründet. An die Stelle eines über den Wolken thronenden Gottes ist die Menschheit getreten, an die Stelle der Gottesliebe die Menschenliebe, und der Gehorsam gegen Gottes Gebote ist ersetzt worden durch den Gehorsam gegen die natürlichen und sozialen Gesetze. Während früher das moralische Leben der gläubigen Menschen sich auf die Befolgung göttlicher Befehle gründete, handelt ein moderner Mensch dann moralisch, wenn er den Naturgesetzen entsprechend lebt. Die private Moral der Neuzeit beruht also auf der Kenntnis und Befolgung der Naturgesetze, die soziale Moral auf der Kenntnis und Befolgung der sozialen Gesetze. Wer so lebt, wie es seiner eigenen Natur und den sozialen Gesetzen entspricht, der lebt moralisch.

Da die soziale Moral auf der Kenntnis und der Befolgung der sozialen Gesetze beruht, so ist es für jeden Menschen, der auf den Namen eines Sozialmoralisten Anspruch macht, unbedingt notwendig, diese Gesetze kennen zu lernen. Und da beobachten wir besonders das große Gesetz der Entwicklung und das Gesetz des sozialen Zusammenschlusses.

Das Entwicklungsgesetz lehrt uns, daß die Menschheit von unten nach oben emporwächst und daß sie das Bestreben hat, eine immer höhere Stufe materieller und geistiger Vollkommenheit zu erreichen; das zweite Gesetz lehrt uns, daß der Zusammenschluß und die gegenseitige Unterstützung die wichtigsten Waffen in dem Entwicklungskampf der Menschheit sind. Alles das, was die Entwicklung der Menschheit fördert, ist moralisch, alles das, was die Entwicklung hemmt oder hindert, ist unmoralisch. Und ferner: jeder Zusammenschluß und alle solidarischen Handlungen, die dazu beitragen, die untern Schichten der Bevölkerung auf eine höhere Stufe der Entwicklung zu heben, sind moralisch, dagegen muß alles das, was die Menschen auseinanderreißt und zu einer unsolidarischen Handlungsweise veranlaßt, als unmoralisch bezeichnet werden.

Uebertragen wir diesen Grundsatz auf die heutigen sozialen Kämpfe, so müssen wir sagen, daß die Organisationsbestrebungen der Arbeiter und alle die Beweise von Solidaritätsgefühl, die wir heute in immer größerer Zahl beobachten, hochmoralisch sind und den Forderungen einer sozialen Moral (einer Sozialethik) entsprechen. Daher werfen wir denn auch einem Arbeiter, der sich trotz besserer Erkenntnis seiner Organisation fernhält, einen Mangel an sozialer Moral vor, und wenn er gar, wie es zum Beispiel ein Streikbrecher tut, den Interessen seiner Klassengenossen zuwiderhandelt und ihre Emanzipationsbestrebungen schädigt, so nennen wir ihn einen moralisch minderwertigen Menschen. Ohne Zweifel hat jeder Mensch, der seiner moralischen Ueberzeugung folgen will, die Pflicht, allen gegenteiligen Einflüssen zum Trotz an dem festzuhalten, was er für richtig erkannt hat. Ist ein Arbeiter zu der Einsicht gelangt, daß die Organisation eine Notwendigkeit in dem Emanzipationskampf des Proletariats ist, so muß er sich der Organisation anschließen, und wenn die entgegenstehenden Hindernisse noch so groß sind; hat er erkannt, daß irgend eine Handlung die Interessen seiner Arbeitsbrüder schädigt, so muß er diese Handlung unterlassen, selbst wenn dies ihm selbst Schaden bringt. Die Pflege des Solidaritätsgefühls ist die höchste moralische Pflicht eines klassenbewußten Arbeiters.

Nehmen wir, um ein bekanntes Beispiel anzuführen, das Verrichten der Streikarbeit. Eine Arbeitergruppe ist zwecks Erkämpfung einer bessern Lebenshaltung in den Streik eingetreten, und die Unternehmer fordern unter Androhung wirtschaftlicher oder sonstiger Nachteile andre Arbeiter auf, die Arbeit der Streikenden zu verrichten. Ist es da nicht eine Forderung der sozialen Moral, daß sie diese Arbeit verweigern? Und wenn sie sich selbst aufs empfindlichste dadurch schädigen, müssen sie bei dieser Weigerung verharren; und sie werden dabei verharren, wenn ihnen die moralische Pflicht, die Pflege des Solidaritätsgefühls, höher steht als ihr persönliches Interesse.

Es ist der erfreulichste Beweis für die Durchsäuerung des modernen Proletariats mit sozialer Moral, daß die aufgeklärten Arbeiter das Ansinnen der Unternehmer, durch Anfertigung von Streikarbeit den streikenden Brüdern in den Rücken zu fallen, entrüstet zurückweisen. Als vor mehreren Jahren die Werftarbeiter streikten und ihre Kollegen in andern Städten sich weigerten, die Schiffe fertig zu machen, handelten die Arbeitsverweigerer hochmoralisch, wobei es auch nichts verschlägt, daß sie vom deutschen Kaiser als „ehrlose, vaterlandslose Gesellen" bezeichnet wurden. Es ist das nur ein Beispiel unter vielen, das uns zeigt, welch großer Unterschied besteht zwischen der neuen proletarischen Moral und den alten moralischen Anschauungen einer im Absterben begriffenen Gesellschaft. Und in einem solchen Konflikt zwischen Solidarität und privatem Egoismus wird ein aufgeklärter Arbeiter ohne Zaudern und Wanken sich auf die Seite der Sozialmoral stellen: er wird alle Nachteile auf sich nehmen, um sich nicht in seinen eigenen Augen zu entehren und vor sich selbst zu einem Lumpen zu werden.

Die Angehörigen der herrschenden Klasse haben kein Verständnis für eine solche Moral, und ohne Scham verüben sie tagtäglich Attentate auf das Solidaritätsgefühl der Arbeiter. Sie schwingen die Hungerpeitsche und locken mit dem Zuckerbrot, um der proletarischen Moral das Rückgrat zu brechen. Doch nur in den seltensten Fällen haben sie Glück damit, und nur ganz minderwertige Elemente sind es, die vor der Hungerpeitsche zu Kreuze kriechen, oder sich durch das Zuckerbrot ködern lassen. Die übergroße Zahl klassenbewußter Proletarier läßt sich nicht wankend machen.

Aber nicht nur wirtschaftliche Nachteile werden in Aussicht gestellt für die Verweigerung von Streikarbeit, sondern auch der staatliche Apparat wird in Bewegung gesetzt, um die Sünder zu strafen. Es ist beispielsweise in letzter Zeit häufig vorgekommen, daß Seeleute ins Gefängnis geworfen worden sind, weil sie sich weigerten, die Tätigkeit der streikenden Hafenarbeiter zu verrichten und die Schiffe zu beladen und zu entladen. Die famose Seemannsordnung gibt den Gerichten das Mittel an die Hand, Seeleute mit empfindlichen Strafen zu belegen, weil sie solidarisch, also moralisch gehandelt haben. Hier zeigt sich deutlich der von uns geschilderte Widerstreit zwischen der neuen Moral und dem Buchstaben des Gesetzes. Das Gesetz macht den Versuch, Menschen, die sich zu einer höhern Moral emporgerungen haben, zum Verstoß gegen diese ihre moralische Ueberzeugung zu zwingen und sie für Handlungen zu bestrafen, die den Forderungen einer sozialen Moral entsprechen.

Solche Konflikte zwischen Moral und Gesetz sind unvermeidlich in einer Gesellschaft, die sich neugestalten will und die ein neues Recht und eine neue Moral in ihrem Schoße trägt. Diese Konflikte müssen durchgekämpft werden, und sie werden siegreich enden, weil das klassenbewußte Proletariat dem Zwange zur Unmoral den heftigsten Widerstand entgegensetzt und dem Grundsatz huldigt, daß man den Geboten der Sozialmoral mehr gehorchen soll, als den menschlichen Satzungen, die sich überlebt haben.

Brutus.

Wie wird in Preußen regiert?

Wenn von konstitutionellen Staatswesen gesprochen wird, so rechnet man gemeiniglich auch Preußen dazu, als hätte man hier bei uns zu Lande ein öffentliches Leben und Einrichtungen gleich denen in England, in Holland, in Norwegen, um nur Staaten mit monarchischer Spitze zu nennen, von Republiken ganz zu schweigen. Ja, preußische Beamte und wackere Bürgersleute sprechen auch von preußischer Selbstverwaltung, obgleich das Verwaltungssystem, das in den Städten Preußens zur Geltung kommt, mit wirklicher Selbstverwaltung nicht viel mehr gemein hat als den Namen.

Daß aber Preußen in den Gemeinden keine wirkliche Selbstverwaltung hat und daß auch seine parlamentarischen Einrichtungen nur zu einer Art Scheinkonstitutionalismus ausreichen, hat seinen Hauptgrund darin, daß die geschichtliche Entwicklung die ganze staatliche Macht einer sich selbst rekrutierenden Beamtenschaft, der Bureaukratie, in die Hände gespielt hat.

Die Bureaukratie erhielt ihre Gestaltung und ihr Gepräge in der Zeit des Absolutismus, hauptsächlich unter den Königen Friedrich Wilhelm I. und Friedrich II., also im 18. Jahrhundert. Die absolute Königsgewalt war wie in ganz Europa, auch in Preußen aufgekommen gegen die Adelsmacht. Sie konnte sich aber nur behaupten, indem sie sich zum Geschäftsführer der Interessen des Adels, des Junkertums, wie man in Preußen sagte, aufwarf. Die wichtigsten Stellen in der Staatsverwaltung und alle Offiziersstellen wurden den Junkern eingeräumt, und im Lande selbst blieb die bäuerliche Bevölkerung der Ausbeutung durch die „schloßgesessene" Junkerkaste nach wie vor überlassen.

Zu jener Zeit, als Preußen fast ausschließlich Agrarstaat von etwa 5 Millionen Einwohnern war, als Handel und Verkehr noch an Frachtwagen und Postkutschen gebunden war, konnte indes immerhin noch von einer Stelle aus eine einzelne Person, der Monarch, die wirkliche, bis zu einem gewissen Grade auch sachkundige Oberleitung der gesamten Regierungsgeschäfte in Händen behalten. Doch war auch da schon die Verwaltung in den untern Instanzen der Kontrolle durch den Monarchen, der nach der monarchischen Fiktion unparteiisch über den Klassen schwebt und deren Interessengegensätze angeblich ausgleichen soll, völlig entrückt. Im Namen des Königs wurden alle Regierungsakte ausgeübt. In seinem Namen sprachen die Richter Recht, erhoben die Verwaltungsbeamten die Steuern und preßten die Werbeoffiziere Rekruten, jeder Polizist war der sichtbare und unangreifbare Vertreter der königlichen Gewalt.

In den Städten, die vordem im Mittelalter in ganz Deutschland weitgehendste Selbstverwaltung und eigene Gesetzgebung besaßen, hatte der bleierne Druck einer königlichen Beamtenschaft jedwedes öffentliche Leben erstickt. Auf dem flachen Lande aber herrschten Tausende von Junkern auf ihrer eigenen Scholle wie selbstherrliche Monarchen über die hörigen Untertanen. Kurz, in Preußen war damals ein Zustand, für den man in neuerer Zeit nur in dem bureaukratisch mißregierten Rußland vor der Revolution ein Gegenstück gehabt hat: der öffentliche Geist im Bürgertum völlig ertötet, Heer und Verwaltungswesen gleichmäßig verwahrlost durch bureaukratische Mißwirtschaft, die Landbevölkerung ein Heer widerstandslos ausgebeuteter Sklaven.

Das war das Preußen, das 1805 unter den Schlägen der französischen Heere schmählich zusammenbrach. Damals hat es sich an dem preußischen Heere genau so gezeigt wie im Jahre 1904 an dem russischen Heere, daß das absolutistische Bureaukratenregiment, weit entfernt davon, die Wehrkraft eines Landes zu heben, sie nur hoffnungslos untergräbt. Die übermütigen Junker an der Spitze der Heere verloren nach der ersten Niederlage fast sämtlich den Kopf und lieferten die Festungen aus. Der Kommandant von Berlin, ein Graf Schulenburg, prägte im Davonlaufen das für diese Sippe charakteristische Mahnwort an die Untertanenschaft: „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht."

Es blieb nichts übrig, als nach dem Friedensschluß, der Preußen auf die Hälfte seines Gebiets reduziert hatte, an den Wiederaufbau des Staates unter Aufnahme wenigstens einiger Ideen der bürgerlichen französischen Revolution zu gehen. Einige aufgeklärte Staatsmänner, vor allem die Minister v. Stein, v. Schön, Wilhelm v. Humboldt, waren die Träger dieser Bestrebungen. Aber sie konnten auch nicht völlig aus ihrer eigenen bureaukratisch-junkerlichen Haut heraus und dann hatten sie gegen den offenen und heimlichen Widerstand des ebenso beschränkten wie feigen Königs Friedrich Wilhelm III. und der damaligen Hofkamarilla zu kämpfen. Und sobald der König die Angst vor dem „korsischen Eroberer los war, schlug er alle seine in der Zeit der Not gegebenen Versprechungen in den Wind und jagte die lästigen Ratgeber zum Teufel.

So blieben die Selbstverwaltungsreformen eitel Stückwerk. Von einer Selbstverwaltung auf ausgesprochen demokratischer Grundlage war völlig gar nicht die Rede. Auf die versprochenen parlamentarischen Einrichtungen könnte das preußische Volk noch heute vergeblich warten, wenn es nicht 1848 den Machthabern wenigstens den Anfang dazu abgetrotzt hätte. In der innern Staatsverwaltung behielten auch nach den Steinschen Reformen die „Buralisten und Schreiber", wie Stein selbst die Bureaukraten in bitterm Hohne zu nennen pflegte, völlig freie Hand. Das „innere Jena", das Stein erhofft hatte, hat Preußens Volk der

Bureaukratie, die ihm auf den Nacken sitzt, noch immer nicht bereitet.

Noch viele Jahre später hat Bismarck, als er einmal seinem Unmut über die Bureaukratie Luft machte, den Ausspruch getan: „Die Bureaukratie ist krebsfräßig an Haupt und Gliedern, und die Gesetzesexkremente, die sie von sich gibt, sind der natürlichste Dreck von der Welt."

Nur für die Städte wurde durch die Städteordnung von 1808 eine beschränkte Selbstverwaltung eingeführt, von der dann später in jeder Reaktionsperiode von neuem Stücke abgebröckelt wurden, bis im Jahre 1853 durch eine neue Städteordnung, die noch heute gültig ist, das Gebiet der städtischen Verwaltung völlig unter bureaukratische Kontrolle gebracht wurde. Während in der Städteordnung von 1808 der Schwerpunkt der Verwaltung in die Stadtverordnetenversammlung gelegt wurde, liegt er jetzt im Magistrat; die Stadtverordnetenversammlungen haben mehr den Charakter parlamentarischer Beiräte. Damit aber kein Bürgermeister oder auch nur ein Stadtrat mit oppositionellen, antibureaukratischen Neigungen ins Amt kommt, hat die Bureaukratie sich das Bestätigungsrecht vorbehalten. Ja, wenn eine Stadtverordnetenversammlung einmal hartnäckig auf der Wahl mißliebiger Persönlichkeiten bestehen sollte, kann der Regierungspräsident schließlich die Stelle des Bürgermeisters oder Stadtrats kommissarisch mit einer der Bureaukratie genehmen Persönlichkeit besetzen.

Schließlich kann auch in die sachlichen Geschäfte der Stadt die bureaukratische Oberbehörde beständig hineinpfuschen; besonders in Schulangelegenheiten nimmt sie dies Recht für sich in Anspruch. Um Sozialdemokraten auch von der sogen. „Schuldeputation", wie die aus Stadträten und Stadtverordneten gemischten Kommissionen zur Verwaltung der Schulen genannt werden, völlig fernzuhalten, hat die Regierung durch das neue Schulunterhaltungsgesetz sich sogar das Recht der Bestätigung für diese Körperschaften von dem gefügigen Abgeordnetenhause übertragen lassen.

Im übrigen ist die Stadtverwaltung auf Schritt und Tritt in ihrer Tätigkeit eingeengt. Sie darf nicht über Fragen von allgemeinem öffentlichen Interesse beraten, die nicht zu ihrem eigenen Verwaltungsressort gehören. Dadurch ist nicht nur ihr Einfluß im öffentlichen Leben überhaupt gelähmt, sie ist auch des Petitionsrechts beraubt, das der Verfassung nach jedem Bürger zustehen soll.

Doch allzuscharf braucht die herrschende Bureaukratie alle diese Handfesseln der Städteverwaltungen ja überhaupt nicht anzuziehen, da durch die Uebertragung des Dreiklassenwahlsystems auf die Stadtverordnetenwahlen dafür gesorgt ist, daß die einzige wirkliche Oppositionspartei, die Sozialdemokratie, in ihnen die Oberhand nicht gewinnen kann. „Gutgesinnte" Hausbesitzer und Geldprotzen werden, so lange dieses System besteht, in den Stadtverwaltungen die Macht in Händen haben. Und von denen hat die Bureaukratie in der Zeit der heutigen Klassenkämpfe weniger Opposition zu fürchten, als je zuvor.

Die hauptsächlichste Handhabe der Macht bleibt für die Bureaukratie die Polizeiverwaltung, die sie in allen größern Städten den städtischen Körperschaften entrissen hat. Die Bürgerschaft muß zwar die Polizei bezahlen, aber dreinzureden hat sie nichts.

Auf dem Lande ist die Polizeigewalt gleichfalls ganz in bureaukratische Hände gebracht durch die Einrichtung der Gendarmerie, die dem Landrat und den höhern Beamten unterstellt ist. Die polizeilichen Befugnisse der Dorfgemeinden sind höchst untergeordneter Art. Der Gendarm fühlt sich sogar neben dem Gemeindevorsteher als eine Art höheres Wesen. Von der Bureaukratie wird dieser Gendarmengeist geflissentlich genährt.

Dabei hat man in den östlichen Provinzen Preußens noch die [illegible] Einrichtung der selbständigen Gutsbezirke. Tausende von größern Gütern sind mit ihren [illegible] aus den Landgemeinden ausgeschieden. Für diese Bezirke gilt der Gutsbesitzer als Gemeindevorsteher. Die [illegible] haben keinerlei Gemeinderechte. Sie sind Untertanen des jeweiligen Junkers.

So sieht es mit der Selbstverwaltung in Preußen aus. [illegible] in Preußen auch in seinen innern Verwaltungs[illegible] ein bureaukratisch-junkerlich regiertes [illegible], für welches eine Selbstverwaltung auf breiter Grundlage erst durch das Proletariat erobert werden muß.

Die Streiks und Aussperrungen im Jahre 1906.

[illegible]

[illegible]

Person nahezu der zweifache Kostenbetrag des Jahres 1905 aufzuwenden. Darunter ist allerdings nicht lediglich die bare Streikunterstützung zu verstehen, sondern es sind in den Gesamtausgaben alle die Kosten, welche die Organisationen aus Anlaß der Kämpfe, darunter auch die oft sehr beträchtlichen Ausgaben für Fernhaltung des Zuzuges, zu machen haben, inbegriffen. Die ganz enorm hohen Ausgaben sind ein Beweis dafür, daß die Kämpfe im Jahre 1906 mit ganz besondrer Schärfe und zäher Ausdauer auf beiden Seiten der Parteien geführt worden sind.

Daß die gewerkschaftlichen Organisationen den an sie infolge der Kämpfe gestellten finanziellen Anforderungen gerecht zu werden vermögen, ergibt sich am besten aus der Tatsache, daß 89,5 Prozent der Gesamtausgaben aus den Kassen der Verbände gezahlt worden sind. Im Jahre 1904 wurde der höchste Prozentsatz (95,3 Prozent) der Streikausgaben aus den Verbandskassen gezahlt. Als 1905, veranlaßt durch den Bergarbeiterstreik, die öffentlichen Sammlungen ganz besonders günstige Ergebnisse zeitigten, so daß die Kosten dieses Riesenausstandes fast ausschließlich aus den Sammelgeldern bestritten werden konnten, da waren die Kassen der Gewerkschaften mit einem so niedrigen Prozentsatz an den Gesamt-Streikausgaben beteiligt, wie er seit 1897 nur noch in einem Jahre (1901) zu verzeichnen war. In welcher Weise die Kassen der Gewerkschaften an den Gesamtausgaben für Streiks und Aussperrungen in den einzelnen Jahren seit 1892 partizipieren, zeigt folgende Zusammenstellung (für 1890/91 liegen keine getrennten Angaben vor):

Jahr	Gesamtkosten der Streiks Mark	Davon aus den Kassen der im Streik befindlichen Organisationen Mark	Prozent der Gesamtausgabe
1890/91	2 094 922	1 215 025	58,0
1892	84 638	29 271	34,0
1893	172 001	64 123	37,0
1894	354 297	85 341	24,0
1895	424 231	204 970	48,0
1896	3 042 950	724 603	24,0
1897	1 257 298	775 361	62,0
1898	1 345 302	1 051 074	78,0
1899	2 627 119	2 016 157	77,0
1900	2 936 030	2 487 853	84,0
1901	2 515 888	1 734 491	68,9
1902	2 237 504	2 041 181	91,2
1903	5 080 984	4 511 621	88,8
1904	5 551 314	5 290 652	95,3
1905	10 933 721	8 124 990	74,3
1906	13 297 862	11 902 543	89,5
	53 956 061	42 259 256	78,3

Für die Jahre 1890 bis 1906 betragen die Gesamtausgaben für Streiks und Aussperrungen 53 956 061 Mk. Von dieser Summe wurden aus den Kassen der sich im Kampfe befindenden Organisationen gezahlt 42 259 256 Mk. oder 78,3 Prozent der Gesamtsumme. Bis zum Jahre 1896 waren die Gewerkschaftskassen stets mit weniger als 50 Prozent an den Gesamtausgaben für Streiks und Aussperrungen beteiligt. Seitdem wurden die Kassen immer mehr gestärkt, und jede Organisation betrachtet es heute als eine Ehrenpflicht, ihre Lohnkämpfe aus eigenen Mitteln zu bestreiten.

Mehr als 50 Lohnkämpfe hatten im Jahre 1906 folgende Verbände zu führen: Holzarbeiter 608, Maurer 590, Metallarbeiter 370, Zimmerer 257, Bauhilfsarbeiter 144, Transportarbeiter 156, Fabrikarbeiter 125, Schuhmacher 78, Textilarbeiter 72, Tabakarbeiter 70, Töpfer 62, Maler 61, Lithographen 54.

Diese 13 Organisationen hatten zusammen 2848 Kämpfe zu führen, während auf die übrigen 40 Organisationen (53 waren an Lohnkämpfen überhaupt beteiligt) 632 Kämpfe entfallen. 81 Prozent aller Lohnkämpfe wurden also von den obengenannten 13 Verbänden geführt. Zu berücksichtigen ist hierbei, daß jeder Streik und jede Aussperrung, an denen mehrere Organisationen beteiligt waren, nur einmal gezählt ist, und zwar sind solche Kämpfe den Verbänden zugezählt, welche nach der Zahl der Beteiligten oder unter Berücksichtigung der besondern Umstände als die führenden zu betrachten waren.

Von der Gesamtzahl der 1906 an den Lohnkämpfen beteiligten Personen kommen 85,5 Prozent auf die folgenden 13 Verbände, von denen jeder mehr als 5000 Beteiligte aufzuweisen hat: Metallarbeiter 62 137, Maurer 37 932, Holzarbeiter 34 966, Textilarbeiter 23 120, Bauhilfsarbeiter 21 080, Fabrikarbeiter 19 651, Maler 16 207, Bergarbeiter 11 260, Hafenarbeiter 10 117, Transportarbeiter 10 086, Zimmerer 8614, Schuhmacher 6630 und Buchbinder 5309.

Der infolge von Streiks und Aussperrungen im Jahre 1906 eingetretene Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst ist für 301 590 = 95,4 Prozent der Beteiligten festgestellt. Es beträgt für diese die verlorene Arbeitszeit insgesamt 6 317 675 Tage, und der entgangene Arbeitsverdienst erreicht die Summe von 23 136 786 Mk.

Die Angriffstreiks.

Von den 1906 geführten 2045 Angriffstreiks endeten erfolgreich 1121 = 55,7 Prozent, teilweise erfolgreich 538 = 26,7 Prozent und erfolglos 321 = 15,9 Prozent. Am Schlusse des Jahres nicht beendet oder unbekannt waren 65 Streiks. An den Angriffstreiks waren insgesamt 183 756 Personen beteiligt, davon 169 533 männliche und 14 223 weibliche. Von den Beteiligten hatten vollen Erfolg 91 625 = 49,9 Prozent und teilweisen Erfolg 62 374 = 33,9 Proz. Um Verkürzung der Arbeitszeit wurden 53 Streiks geführt. Daran beteiligt waren 3077 Personen. Erfolgreich waren von diesen Streiks 35 mit 2236 Beteiligten und teilweise erfolgreich 5 mit 308 Beteiligten. 919 Streiks mit 72 218 Beteiligten fanden statt wegen Lohnerhöhung. Davon waren 503 Streiks mit 33 521 Beteiligten erfolgreich und 239 Streiks mit 24 404 Beteiligten teilweise erfolgreich. Um Verkürzung der Arbeitszeit bei gleichzeitiger Lohnerhöhung wurde in 832 Fällen gekämpft. Beteiligt waren dabei 99 414 Personen. Es hatten vollen Erfolg 452 Streiks mit 51 412 Beteiligten und teilweisen Erfolg 267 Streiks mit 35 568 Beteiligten. Die Beseitigung mißliebiger Personen erforderte 48 Streiks, an denen sich 925 Personen beteiligten. Erfolgreich waren davon 27 Streiks mit 505 Beteiligten. Aus andern Ursachen fanden 193 Angriffstreiks mit 9122 beteiligten Personen statt. Von diesen hatten 104 Streiks mit 4019 Beteiligten vollen und 23 Streiks mit 2051 Beteiligten teilweisen Erfolg.

Das Gesamtresultat der Angriffstreiks des Jahres 1906 ist bedeutend günstiger als in den Vorjahren. Zwar ist der Prozentsatz der mit vollem Erfolg beendeten Angriffstreiks ein wenig geringer als 1905 und 1904; er beträgt 55,7 gegen 57,9 resp. 57,4. Dagegen ist aber die Zahl und der Prozentsatz der Streikenden, welche vollen Erfolg erzielten, wesentlich höher. 1904 hatten von 81 427 Streikenden 37 842 = 46,5 Prozent, 1905 von 333 238 Streikenden 47 473 = 14,2 Prozent und 1906 von 183 756 Streikenden 91 623 = 49,9 Prozent vollen Erfolg. Insgesamt haben von den im Jahre 1906 an Angriffstreiks beteiligten 183 756 Personen 154 067 oder 84 Prozent vollen resp. teilweisen Erfolg zu verzeichnen.

Die Abwehrstreiks.

Nicht so günstig wie bei den Angriffstreiks sind die Ergebnisse der Abwehrstreiks. Solche fanden 1014 mit zusammen 38 930 Beteiligten statt. Mit vollem Erfolg endeten 575 = 57,7 Prozent und mit teilweisem Erfolg 120 = 12,0 Prozent der Streiks. Von den Beteiligten hatten vollen Erfolg 18 157 = 46,7 Prozent und teilweisen Erfolg 5788 = 14,9 Prozent. Die kleinern Streiks wurden mit größerm Erfolg geführt als die Streiks größern Umfanges. Der von den Unternehmern verlangte Austritt aus der Organisation wurde in 15 Fällen mit einem Streik beantwortet. Beteiligt waren daran 572 Personen. 6 dieser Streiks mit 212 Beteiligten hatten Erfolg. Wegen Maßregelung fanden 268 Streiks mit 11 025 Beteiligten statt. 130 Streiks mit 4664 Beteiligten hatten vollen und 30 Streiks mit 1384 Beteiligten hatten teilweisen Erfolg. Versuchte Lohnreduzierung rief die Arbeiter in 322 Fällen auf den Kampfplan, und zwar beteiligten sich an diesen Streiks 10 571 Personen. In 213 Fällen, bei denen 5920 Personen in Betracht kamen, wurden die Lohnreduzierungen vollständig zurückgewiesen, während dies in 31 Fällen mit 1385 Beteiligten nur teilweise gelang. Die Verlängerung der Arbeitszeit wurde mit 41 Streiks, an denen 3556 Personen teilnahmen, pariert. Die 24 unbedeutendsten dieser Streiks mit zusammen 601 Beteiligten hatten vollen Erfolg, und 4 Streiks mit 50 Beteiligten hatten teilweisen Erfolg. Bei 13 Streiks mit zusammen 2905 Beteiligten blieben die Unternehmer Sieger und vermochten eine Arbeitszeitverlängerung durchzusetzen. Die Nichteinhaltung der allgemein üblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen erforderte 136 Streiks, von denen 82 mit vollem und 24 mit teilweisem Erfolg endeten. Von den an diesen Streiks beteiligten 5539 Personen hatten 2718 vollen und 1875 teilweisen Erfolg. Die Einführung einer Fabrikordnung gab 29mal Veranlassung zum Streik. Vollen Erfolg hatten davon 19 und teilweisen Erfolg 4 Streiks. Von den 1576 beteiligten Personen hatten 1070 vollen und 105 teilweisen Erfolg. Wegen schlechter Behandlung der Arbeiter fanden 33 Streiks statt, an denen insgesamt 802 Personen beteiligt waren. 22 Streiks mit 495 Beteiligten waren erfolgreich; und 6 Streiks mit 182 Beteiligten hatten teilweisen Erfolg. Aus andern Ursachen wurde 169 mal gestreikt. Erfolgreich endeten 89 und teilweise erfolgreich 20 dieser Streiks. Von den insgesamt 5459 Beteiligten hatten 2507 vollen und 798 teilweisen Erfolg.

Die Abwehrstreiks erforderten insgesamt einen Kostenaufwand von 1 293 455 Mk. Von den an Abwehrstreiks beteiligten Personen wurde der Verlust an Arbeitszeit für 38 103 festgestellt. Diese Streikenden hatten zusammen 637 421 verlorene Arbeitstage und 2 514 065 Mk. Verlust an Arbeitsverdienst aufzuweisen.

Bei den Abwehrstreiks hatten 1905 61 Prozent der Beteiligten vollen Erfolg. Das Jahr 1906, das mehr als 8000 an Abwehrstreiks beteiligte Personen mehr aufweist als das Jahr 1905, brachte nur für 46,7 Prozent der Beteiligten vollen Erfolg. Immerhin steht das Ergebnis noch über dem Durchschnitt der letzten sieben Jahre 1900—1906.

Die Aussperrungen.

Hatten die Aussperrungen schon im Jahre 1905 eine ganz bedeutende Ausdehnung angenommen, so spielten sie 1906 eine noch bedeutendere Rolle im wirtschaftlichen Kampfe, obgleich die Gesamtzahl der ausgesperrten Arbeiter geringer war als im Jahre 1905. Die Zahl der Aussperrungen steigt nicht nur relativ von Jahr zu Jahr, sondern sie nimmt auch zu im Verhältnis zu den Arbeitskämpfen überhaupt. Es haben stattgefunden:

Im Jahre	Arbeitskämpfe überhaupt	davon waren Aussperrungen	Von 100 Lohnkämpfen waren Aussperrungen
1900	852	46	5,4
1901	727	35	4,8
1902	861	56	6,5
1903	1282	82	6,4
1904	1625	112	6,9
1905	2323	253	10,9
1906	3480	421	12,1

Die sehr minimalen Erfolge, die die Unternehmer bisher mit ihrer Aussperrungstaktik erreicht haben, haben diese nicht entmutigt; sie greifen zu dem beliebt gewordenen Mittel der Gegenwehr immer häufiger, und vielleicht weniger dabei auf Erfolg für sich rechnend, als in der Absicht, die Organisationen der Arbeiter zu schädigen, was allerdings vom Unternehmertum auch als Erfolg angesehen wird.

An den 421 Aussperrungen des Jahres 1906 waren insgesamt 93 356 Arbeiter und Arbeiterinnen beteiligt, während 1905 an 253 Aussperrungen zusammen 144 047 Personen beteiligt waren. Es wurden also 50 691 Arbeiter weniger ausgesperrt als im Jahre 1905. Die Aussperrungen aber wurden 1906 mit besondrer Ausdauer geführt. Der den Arbeitern durch Aussperrungen verursachte Verlust an Arbeitszeit und Arbeitsverdienst wurde 1905 für 135 821 Ausgesperrte festgestellt. Der gesamte Verlust an Arbeitszeit betrug für diese 1 797 256 Arbeitstage. 1906 konnte der Verlust für 89 028 Ausgesperrte festgestellt werden und betrug derselbe für diese Ausgesperrten insgesamt 2 320 069 Arbeitstage. Während also 1905 im Durchschnitt auf einen Ausgesperrten 13 verlorene Arbeitstage kamen, beträgt im Jahre 1906 der Verlust für den einzelnen Ausgesperrten 26 Tage.

Die Gesamtausgabe für Aussperrungen im Jahre 1906 betrug 5 315 079 Mk. Auf jeden Ausgesperrten entfallen durchschnittlich 56,90 Mk. von den Gesamtausgaben, während 1905 nur 29,18 Mk. pro Kopf der Ausgesperrten von den Gesamtausgaben entfallen. Was wir eingangs von den Lohnkämpfen des Jahres 1906 allgemein sagten, nämlich, daß sie mit besonderer Schärfe und Ausdauer geführt worden sind, das trifft für die Aussperrungen im besondern zu, und in welchem Maße die Gewerkschaften durch die Aussperrungen finanziell in Anspruch genommen werden, ergibt sich daraus, daß von den Gesamtausgaben für Streiks und Aussperrungen auf den Kopf der Beteiligten 42,80 Mk. entfallen, während die Kosten bei den Aussperrungen 56,90 Mk., bei den Angriffstreiks aber nur 36,40 Mark pro Kopf betragen.

Die Taktik der Unternehmer, bei ausbrechenden Differenzen mit der Aussperrung vorzugehen, ohne daß die Arbeiter an eine Arbeitseinstellung denken, wurde im letzten Jahre noch häufiger angewandt als früher. Es wurden in 160 Fällen Aussperrungen verhängt, wo lediglich Differenzen bezüglich Lohnhöhe oder Arbeitszeit die äußre Veranlassung dazu bildeten. In 34 Fällen versuchten die Unternehmer mittels Aussperrung die Arbeiter zum Austritt aus der Organisation zu zwingen. Zu 64 Aussperrungen gab die Maifeier Veranlassung, und in 18 Fällen sperrten die Unternehmer aus, nachdem sie durch Lohnabzüge, Arbeitszeitverlängerung oder sonstige Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen die Arbeiter zum Abwehrstreik gezwungen hatten. Nur 82 Aussperrungen von 421 erfolgten auf Angriffstreiks.

Das Feiern am 1. Mai wurde in 64 Fällen von den Unternehmern mit Aussperrungen beantwortet. Beteiligt waren an diesen Aussperrungen 12 122 Personen. Daran ist der Holzarbeiterverband allein mit 36 Aussperrungen und 6205 Ausgesperrten beteiligt. Der Metallarbeiterverband hat jedoch über seine „Maiaussperrungen" keine Angaben gemacht, so daß die Zahl der wegen Arbeitsruhe am 1. Mai Ausgesperrten unvollständig ist.

Von einem Erfolg seitens der Arbeiter kann bei den Maiaussperrungen, sofern nicht andre Forderungen damit verbunden sind, keine Rede sein. Meistens lassen die Arbeiter die Maßregel der Aussperrung auf Zeit über sich ergehen, vereinzelt werden jedoch auch Gegenforderungen gestellt, und ein Kampf beginnt. Und nur in solchen Fällen kann von einem Erfolg oder Mißerfolg seitens der Arbeiter gesprochen werden. Die Zahl solcher Fälle ist nicht mit Sicherheit festzustellen, jedoch ist sicher, daß in den Fällen, für die voller oder teilweiser Erfolg verzeichnet ist, Forderungen gestellt worden sind. Voller Erfolg ist angegeben für 7 Aussperrungen mit 334 Beteiligten und teilweiser Erfolg für 2 Aussperrungen mit 4283 Beteiligten.

Vom Jahre 1900 bis Ende 1906 fanden insgesamt 1005 Aussperrungen statt. Ausgesperrt wurden 344 449 Arbeiter und Arbeiterinnen. Die Gesamtkosten für diese Aussperrungen betrugen 14 369 869 Mk. Das sind 33,7 Prozent der gesamten Ausgaben, die die Gewerkschaften seit 1900 für Streiks und Aussperrungen zu machen hatten.

Das ist im Grunde der hauptsächlichste Erfolg, den die Unternehmer durch die Aussperrungen erzielen, daß sie den Gewerkschaften ungeheure Opfer auferlegen. Doch diese sind den Anforderungen stets gewachsen gewesen, und daß sie es auch in Zukunft sein werden, dafür bürgt der Opfermut und die Solidarität der deutschen klassenbewußten Arbeiterschaft. Durchdrungen von der Notwendigkeit des gewerkschaftlichen Kampfes, im Bewußtsein der gewaltigen Macht der Organisation stehen die organisierten Arbeiter dem organisierten Unternehmertum stets kampfbereit gegenüber. Stets zu Unterhandlungen, aber auch jeden Augenblick zum Losschlagen bereit, nur so

ist es den Gewerkschaften möglich, ein übermütiges Unternehmertum gebührend in den Schranken zu halten. Was durch die Streiks und Aussperrungen erreicht worden ist, haben wir in der „Statistik über die Lohnbewegungen, Streiks und Aussperrungen" nachgewiesen. Es ist festgestellt, daß mehr als durch die Ausstände durch paritätisches Verhandeln erreicht wurde. Fest steht aber auch, daß die gesamten Errungenschaften nur der Macht der Organisation zu danken sind. Gestützt auf diese Macht und in vollem Vertrauen auf die Solidarität der klassenbewußten Arbeiterschaft können wir den fernern Ereignissen mutig entgegensehen.

L. Brunner.

Aus der Papierindustrie.

Diplome und Denkmünzen statt ausreichenden Lohnes.

Nirgends grassiert die unwürdige Mode, Arbeiter, die eine Anzahl Jahre in einem Betriebe gearbeitet haben, mit wertlosem Spielzeug wie Denkmünzen, Diplomen usw. zu beglücken, mehr wie in den Papierfabriken. Ganz besonders äußert sich der Drang, den Arbeiter mit diesem Flitter über die oft trostlose Wirklichkeit hinwegzutäuschen, zum Weihnachtsfeste. Alljährlich macht dann das Unternehmerorgan eine lange Liste der „Treuen", „Belohnten" auf und preist die Hochherzigkeit und Menschenfreundlichkeit der „schenkenden" Unternehmer. In der letzten Nummer werden wieder mehr wie 80 solch glücklicher Papierpensionäre aufgeführt, die für ihre jahrelange Tätigkeit ein grün- oder silberumrandetes Diplom im Werte von 5 Mk. oder weniger erhalten haben. Auch das Geldgeschenk, das bei dieser Gelegenheit mit verabreicht wird, charakterisiert sich sowohl durch seine Höhe wie auch durch die Art des Gebens als Trinkgeld. Wenn z. B. in der Kunstdruckpapierfabrik Karl Scheufelen in Oberlenningen den Arbeitern, die 10—32 Jahre dort beschäftigt sind, 50—100 Mk. „geschenkt" werden, so ergibt das, auf die Zeit der Beschäftigung umgerechnet, 4 Mk. pro Jahr, gleich 8 Pfg. oder 1⅔ Pfg. pro Tag; also ein mehr wie bescheidenes Sümmchen. Was natürlich das Unternehmerorgan nicht hindert, von einem „schönen Beweis der Hochherzigkeit der Firma" zu faseln.

In der Königsteiner Papierfabrik von Hugo Hoesch erhielten die Jubilare zu den Diplomen des Arbeitgeberverbandes noch eine Extraauszeichnung von der Regierung. Diejenigen, die über 30 Jahre im Betriebe beschäftigt sind, erhielten das tragbare Ehrenzeichen für Treue in der Arbeit, vom Amtshauptmann höchst eigenhändig überreicht. Ganz besonders feierlich ist der Dekorationsrummel zweifellos in der Freiberger Papierfabrik zu Weißenborn gewesen. Einundzwanzig Jubilare, ein Geheimer Regierungsrat, Amtshauptmann, Gewerbeinspektor, Pastor, Oberlehrer und Rittergutsbesitzer Freiher v. Wangenheim, kurz, eine ganz „gemischte" Gesellschaft war zusammengekommen, um die „Treue" mit der nötigen Feierlichkeit zu belohnen. Auch hier gab es Verbandsdiplome und Regierungsehrenzeichen. Wenn die Herren vom Papierfabrikantenverband ihre Diplome dem Papierkorb einverleiben und den Arbeitern einen angemessenen Lohn zahlen würden, so wäre das nur zu begrüßen. Denn dieser unsinnige Belohnungsrummel ist das Ueberbleibsel eines patriarchalischen Arbeitsverhältnisses, das die Arbeiter nicht zurückwünschen und die Unternehmer nicht zurückhoffen können.

Da die Unternehmer ihre „Wohlfahrt" immer als Ausfluß ihrer Menschenfreundlichkeit preisen und bitterböse sind, wenn wir sie als ein Mittel zur Täuschung der Arbeiter hinstellen, so führen wir nachstehend ein für die Unternehmer doch sicher kompetentes Urteil an:

Der Breslauer Handelskammerbericht enthält folgende Auslassung über die Arbeitsverhältnisse in Papierfabriken: „Außergewöhnliche Entlassungen und Ausstandsbewegungen sind nicht vorgekommen; die meisten Fabriken sorgen durch Vermehrung von Wohlfahrtseinrichtungen und Neubauten von guten Wohnhäusern für die Zufriedenheit ihrer Arbeiter."

Also „Wohlfahrtseinrichtungen", Geschenke statt ausreichender Bezahlung. Wie lange werden die Arbeiter in Papierfabriken sich noch „beschenken" lassen und dafür ihre Arbeitskraft um einen Spottpreis verkaufen?

Wenn zwei dasselbe tun . . .

Die englischen Papierfabrikanten haben auf ihrer vorjährigen Herbstversammlung beschlossen, die ausländischen Papierfabrikanten, insbesondere skandinavische, deutsche und amerikanische zu einer Zusammenkunft nach London einzuladen, um eine allgemeine „Feststellung der Handelsgebräuche" für die Papierfabriken aller Länder in die Wege zu leiten. Das deutsche Unternehmerorgan begrüßt diese Anregung mit folgenden Worten: „Ein großzügiger Gedanke! Das ist keine Frage. Werden die Verhältnisse reif für die Verwirklichung sein? Was aber auch das Schicksal dieses Vorschlages sein möge, es ist der Geist friedlicher geschäftlicher Vereinbarung, der den Vorschlag eingebracht, das Gemeinsamkeitsgefühl."

Wenn sich die Unternehmer aller Länder zusammenrotten, um die Konsumenten einheitlich zu schröpfen — denn weiter ist mit der „Feststellung der Handelsgebräuche" nichts gemeint —, so ist das Gemeinsamkeitsgefühl; wenn die Proletarier aller Länder sich vereinigen, um sich gemeinschaftlich gegen die Ausbeutung zu wehren, so ist das Schädigung der heimischen Industrie, verderbliche Internationalität, Vaterlandslosigkeit.

† **Gernsbach im Murgtal.** Am Sonntag, dem 5. Januar, fand im Gasthaus „Zum Hirsch" eine Versammlung der Papierfabrikarbeiter statt. Der Besuch derselben ließ nichts zu wünschen übrig, besonders waren die Vertreter der Unternehmer in größerer Zahl erschienen, um zu verhindern, daß eine Organisation der Arbeiter zustande kommt. Als die Plakate mit der Versammlungsanzeige angeklebt waren, wurden in verschiedenen Fabriken eine Anzahl Arbeiter aufs Fabrikkontor gerufen und betreffs der Versammlung ausgefragt; denn das war etwas neues, daß die Papierfabrikslaven zu einer Versammlung eingeladen wurden. Die Harmonie zwischen Kapitalist und Arbeiter ist ja im schönen Murgtal so vorzüglich, daß nur ein „gottloser Hetzer" es wagen kann, hier Zwiespalt hereinzutragen. — — — Als Referent war der Kollege Wörner-Kannstatt erschienen. In der dem Referate folgenden Diskussion schnellten nun die Fabrikmeister und Werkführer nacheinander in die Höhe, um mit mächtigem Redeschwall die Zwecklosigkeit der Organisation nachzuweisen und das Loblied „ihrer Herren" in den höchsten Tönen zu singen. Als erster trat ein Herr Witzemann auf. Wie wir nachher erfuhren, ist dieser Herr Saalmeister, hat die Kantine in der Fabrik, wovon er einen nicht unbedeutenden Nutzen hat, und dann noch von jeder Waggonladung seine Ladespesen, so daß sich sein Einkommen mindestens doppelt so hoch stellt, wie das des bestbezahlten Arbeiters in der Papierfabrik Gernsbach. Somit hatte er auch alle Ursache, seine Arbeit als eine „feine" hinzustellen. Was dieser Mensch alles zusammenfaselte, kann hier unmöglich wiedergegeben werden, es wäre zu schade für den kostbaren Raum dieser Zeitung, aber in seiner 25 Minuten langen Rede hieß es so zweieinhalb dutzendmal: „Wir sind seine Leute, wir brauchen keine Organisation, wir haben seine Herren" usw. Es ging ihm überdies wie dem bekannten Nagelschmied im Liede: Wenn ich nicht mehr weiter kann, dann fange ich wieder von vorne an. Die anwesenden Arbeiter suchte er damit gruselig zu machen, daß er sagte: sie sollten sich von einem „bezahlten Redner", der für die heutige Versammlung mindestens 50 Mk. bekomme (zieht nicht, Herr Witzemachermann, mindestens 500 Mk.), nichts vormachen lassen. Die Löhne seien im Murgtal so hoch, wie nirgends sonst in Papierfabriken; wenn ein Arbeiter Geld brauche, dürfe er nur zu „seinem Herrn" kommen, dann bekomme er sofort welches. Das, was der Redner gesagt hätte, sei Lug und Trug. Den Beweis, daß es Lug und Trug sei, blieb der Saalmeister schuldig, trotzdem der Referent erklärte, er bezeichne ihn solange als Verleumder, bis er den Beweis für seine Behauptung erbracht hätte. Unter manchmal stürmischem Gelächter der anwesenden Arbeiter wurde diesem feinen Meister, welcher in der Fabrik nur seine Arbeit und seine Herren hat, die nötige Antwort zuteil unter Anwendung des Goethe'schen Zitats, daß es eine Eigenschaft gibt, gegen die selbst Götter vergebens kämpfen. Auch der Werkführer Königbauer versuchte den Arbeitern „klarzulegen", wie nutzlos ein Zusammenschluß der Arbeiter sei. Als Beweis führte er einen Streik aus dem Jahre 1890 in Gradweil (Oesterreich) an, wo 20 Prozent Lohnerhöhung gefordert worden seien, und nach achttägigem Streik seien nur 5 Prozent bewilligt worden. (Und das führt der Mensch an als Grund gegen die Organisation!) Wenn die Herren Fabrikanten es so schön hätten, dann hätte Bebel schon lange eine Fabrik gegründet. Aber dieser baue sich lieber eine Villa in der Schweiz für 360000 Fr. (Bravo, Herr Königbauer, Sie müssen Mitglied des Reichslügenverbandes werden, wenn Sie es nicht schon sind. D. R.) Auch seien die Fabrikkonsumvereine besser für die Arbeiter, wie die „sozialdemokratischen", denn in diesen müßten die Waren bar bezahlt werden, was in „ihren" Vereinen nicht der Fall sei. Auch er schloß mit der Redensart: „Im Murgtal sind die Verhältnisse so gute, daß die Arbeiter eine Organisation nicht brauchen." Schön! wollens mal untersuchen. Vor uns liegt eine Bescheinigung darüber, daß ein Arbeiter als Holländermüller pro Tag 2,65 Mk. verdiente, bei 12stündiger Arbeitszeit, dazu soll derselbe noch eine Prämie bekommen, welche sich nach Angabe der Firma ungefähr auf 15 Mk. im Monat stellt. Wenn dieses „ungefähr" nun zutrifft, und wenn wir nur eine 11stündige Arbeitszeit annehmen — was aber nicht zutrifft, denn diese Arbeiter haben kaum Zeit, daß sie ihr Essen einnehmen können — dann kommt einschließlich der Prämie ein Stundenlohn von 29,5 Pfg. heraus. In dem gleichen Betriebe (Gernsbach) betragen die Löhne der Hof- und Tagelohnarbeiter 2,50—2,70 Mk., in Obertsrot 2,50 Mk., in Weisenbach 2,50—2,70 Mk. Die Arbeiterinnen haben in diesen Orten den horrenden Tagelohn von 1,40 bezw. 1,20 Mk. In der so vielgepriesenen Fabrik in Gernsbach beginnt am Sonntag die Arbeit schon um ½8 Uhr abends. Und das sollen Musterzustände sein? Wir danken! Das Kunststück möchten die „Herren" einmal den Arbeitern vormachen, wie man bei den teuren Lebensmittelpreisen im Murgtal mit diesen Löhnen durchkommen kann. Die Fabrikanten werden als überaus freundlich und human hingestellt; wie kommt es aber dann, daß sich nach der Versammlung eine Anzahl Arbeiter über die Roheit der Vorgesetzten beschwerte, die bei der geringsten Angelegenheit gleich mit Schlägen drohen! Ist das Zuckerbrot mit der Peitsche? Warum hat man die Beamten beauftragt, in die Versammlung zu gehen? Doch nur, weil man befürchtete, die Arbeiter könnten den Anfang mit einer Organisation machen! Wenn alles so gut und schön wäre, wie es die Vertreter der Fabrikanten hinzustellen versuchten, dann hätten diese doch nicht die Befürchtung hegen brauchen, daß sich die Arbeiter organisieren. Die Wohltaten, die die Arbeiter in der Papierfabrik Gernsbach jemals zu gewärtigen haben, werden über den Schellenkönig gepriesen, besonders die errichtete Unterstützungskasse. Wie steht es aber mit dieser? Nach dem Statut der Kasse soll denen, die durch Krankheit, Sterbefälle, Brand usw. unverschuldet in Not geraten, eine Unterstützung gewährt werden. Wann aber ein Notfall zu konstatieren ist, das ist vollständig in das Belieben des Ausschusses gestellt, dessen Vorsitzender der oben genannte Saalmeister Witzemann ist. Feststehende Leistungen sind: 50 Mk. beim Tode eines Mitglieds, 25 Mk. beim Tode der Frau eines Mitglieds und 20 Mk. bei der Geburt eines Kindes; die Sterbeunterstützung kann nach einer 10wöchigen Mitgliedschaft, die „Geburtshilfe" erst nach einem Jahre bezahlt werden. Als Beitrag muß jeder verheiratete Arbeiter und jede Frau, deren Mann nicht im Betriebe tätig ist, 50 Pfg. im Monat entrichten, Ledige 25 Pfg. Die Firma zahlt die Hälfte des Betrags, den die sämtlichen Beiträge ausmachen. Dies die ganze großartige Wohlfahrtseinrichtung. Jeder, der einigermaßen rechnen kann, wird herausfinden, daß hier von einer Wohltat nicht geredet werden kann. Mit Speck werden bekanntlich Mäuse gefangen. Wenn das Murgtaler Intelligenzblatt am 8. Januar schrieb: „Der Erfolg der Versammlung soll, wir man hört, ein minimaler gewesen sein, da die hiesigen Arbeiter den Ausführungen des Redners skeptisch gegenüberstanden", so ist dies dahin zu berichtigen, daß nur die anwesenden Vertreter der Fabrikanten — und das war ein Drittel der Versammlung — diese Skeptik zeigten. Arbeiter wagten sich gar nicht hervor mit ihren Meinungen, aus Furcht vor dem Terrorismus der „feinen Herren". Das geschah erst, als diese fort waren, und dann war von Skepsis gegen die Organitation nichts zu bemerken. Aber eines Tages wird auch allen denen, die jetzt noch meinen, die Organisation der Papierarbeiter im Murgtal mit allen Mitteln verhindern zu müssen, die Erkenntnis aufdämmern, daß sich die Arbeiter nicht ewig als willenlose Sklaven behandeln lassen. Auch im schönen Murgtal werden die Arbeiter einsehen lernen, daß sie sich genau so fest organisieren müssen, wie die Papierfabrikanten. Dies wird in kurzer Zeit eintreten, trotz Witzemann, Königbauer und Konsorten.

Streiks und Lohnbewegungen.

— **Halle a. S.** In der Asphalt- und Teerproduktenfabrik der Firma Hoppe & Röhming in Ammendorf haben 62 Arbeiter die Arbeit niedergelegt. Der Anlaß dazu war die Maßregelung von 5 Verbandskollegen. Die Entlassenen sind mehrere Jahre, einer sogar 13 Jahre, bei der Firma in Arbeit. Mit der Entlassung sollte zu gleicher Zeit die Organisation vernichtet werden. Die Außenarbeiter und Monteure sollten durch eine Zulage veranlaßt werden, aus dem Verbande auszutreten. Dies ist nicht gelungen, sie sind dem Verbande treu geblieben. Daß Herr Röhming ein scharfer Gegner unsres Verbandes ist, beweist, daß die Arbeiter, die bei ihm um Arbeit nachfragen, einen Revers unterschreiben müssen, daß sie keinem Verbande oder sozialdemokratischen Verein angehören wollen. Herr Röhming, der in Halle als „liberaler" Mann gilt, will also den Arbeitern verbieten, von dem ihnen gewährleisteten Koalitionsrecht Gebrauch zu machen, er selbst nimmt aber das Recht für sich in Anspruch, sich mit seinen Bundesgenossen zu organisieren. Die Arbeiter werden aber nicht auf Wunsch des Herrn Röhming auf ihr Koalitionsrecht verzichten.

Korrespondenzen.

* **Altona-Ottensen.** Auch im verflossenen Jahre ist es uns gelungen, in einer Anzahl Betriebe eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu erreichen. Wenn die Forderungen unsrer Mitglieder auch nicht immer voll erfüllt wurden, so sind doch wesentliche Verbesserungen zu verzeichnen, die überdies um so höher bewertet werden können, weil sie durchweg ohne Streik, also ohne weitgehende materielle Opfer der Beteiligten erreicht wurden.

Bei der Firma Franz Schmidt stellten wir Forderungen mit dem Erfolg, daß allen Arbeitern, die bisher unter 40 Pfg. pro Stunde verdienten, der Lohn auf 40 Pfg. erhöht wurde. Das Ergebnis dieser Erhöhung ist folgendes: 1 Arbeiter 8 Pfg., 5 je 5 Pfg., 18 je 3 Pfg. und 3 je 2 Pfg. Zulage pro Stunde. Ueberstunden werden mit 5 Pfg. Zuschlag pro Stunde bezahlt.

In den Margarinefabriken von A. L. Mohr-Bahrenfeld und Kapitzki & Witt stellten die Beschäftigten ebenfalls Forderungen. Erreicht wurde für männliche Arbeiter ein Anfangslohn von 24 Mk. pro Woche, nach 18 Monaten 1 Mk. Zulage; für weibliche 13,50 Mk. Anfangslohn.

Weitere Erfolge erzielten wir in der Schmelztiegelfabrik von Dr. Rodsen, Bahrenfeld; bei Hörnig & Schmidt 4 Pfg. Zulage pro Stunde; in der Dachpappenfabrik von Steindler & Ko. 1 Mk. Zulage pro Woche; bei Müller & Söhne (Holzlager) 2 Pfg. pro Stunde und in der Oelzeugfabrik von J. Rohr, Ottensen, 1,50 Mk. pro Woche Lohnerhöhung. Weiter wurde eine Verkürzung der Arbeitszeit um eine halbe Stunde pro Tag erreicht in der Wellpappenfabrik.

Bei der Firma Oetker, Bahrenfeld, mußte eine von der Arbeiterschaft geplante Lohnbewegung unterbleiben, weil das Organisationsverhältnis in diesem Betriebe noch viel zu wünschen übrig läßt. Hoffentlich sorgen unsre Mitglieder hier dafür, daß die Organisation mehr Boden gewinnt, damit auch hier für eine Besserstellung der Beschäftigten eingetreten werden kann. Die Firma versteht es allerdings, durch „Wohlfahrts"einrichtungen die Arbeiter an den Betrieb zu ketten und von der Organisation fernzuhalten. Dienstalterszulagen und Pensionsversicherung sind die Mittel, deren sich die Firma bedient. Angeblich sollen diese Einrichtungen mit der Lohnfestsetzung nichts zu tun haben, die Praxis zeigt aber, daß, wenn Arbeiter um Lohnzulage nachsuchen, auf den „großen Wert" der Wohlfahrtseinrichtungen hingewiesen wird. Dabei ist aber zu bedenken, daß die Bestimmungen über die Gewährung von Pension usw. recht verklausuliert sind, daß Arbeiter, die den Betrieb vorher verlassen, nichts erhalten und daß Unterbrechungen des Arbeitsverhältnisses, die nicht durch Krankheit oder militärische Uebungen veranlaßt sind, jeden Anspruch des Arbeiters aufheben. Damit wird diese „Wohlfahrtseinrichtung" zu einer Fessel für die Arbeiter und zu einem Instrument, die Arbeiter am Kampfe um bessere Löhne zu behindern. Weil aber die Löhne bei der Firma Oetker nichts weniger wie glänzend sind, vielmehr eine Erhöhung durchaus vertragen könnten, ja sehr nötig hätten, so ergibt sich, daß die Firma mit dieser Einrichtung nur ihren eigenen Vorteil wahrt, weil sie ihnen billige und willige Arbeitskräfte sichert, die im Vertrauen auf die Sperlinge der Zukunft die Tauben der Gegenwart aus der Hand fliegen lassen. Das ist im Interesse der Arbeiterschaft bedauerlich und wir wollen hoffen, daß den Arbeitern das Unwürdige dieses Zustandes recht bald bewußt wird und daß wir sie recht bald vollzählig in unsern Reihen als Mitglieder begrüßen können.

Altona-Ottensen. In unsrer Mitgliederversammlung am 18. Dezember 1907 wurde über die Verschmelzung mit Hamburg beraten. Kollege Brey legte den Mitgliedern die Notwendigkeit der Verschmelzung klar. In sehr sachlicher Weise deutete er auf die äußern Gründe der Verschmelzung hin. Es hätten sich nun zwei Verbandstage damit befaßt, es seien seit dem Verbandstage in Hamburg 37 Monate und seit dem Leipziger 13 Monate verflossen, man könne somit nicht sagen, der Hauptvorstand hätte nicht genug Nachsicht geübt, er sei aber nunmehr gezwungen, ein Wörtchen mitzureden. Der Aufschwung der Organisation mache es notwendig, Kollegen zu besolden, damit nicht immer die leitenden Personen vom Arbeitgeber gemaßregelt würden. Nun käme aber Altona mit seinen drei Beamten sehr leicht in eine mißliche finanzielle [illegible] Dann müßte entweder Geld aus der Zentralkasse zugeschossen werden, und das würde diese entschieden verweigern, oder es müßte ein noch höherer Zuschlag erhoben werden, durch welchen Nachteile erwachsen könnten. Oder es komme in einem Betrieb eine Aussperrung und mehrere von den Beteiligten seien noch nicht bezugsberechtigt und müßten aus Lokalmitteln unterstützt werden. Dann würde man den Hauptvorstand zur Bezahlung heranziehen und der würde der Lokalkasse keine Gelder bewilligen, weil diese die Verbandsbeschlüsse nicht respektiert habe. Zahlreiche andre Gründe sprachen noch für die Verschmelzung. So sei ein einheitlicher Beitrag für Hamburg und Altona dringend zu wünschen, und die unnötige Arbeitsverschwendung, die darin liege, daß in eine Betriebsversammlung von zwei Zahlstellen besoldete Beamte geschickt werden, müsse vermieden werden. Namentlich aber sei bei Lohnbewegungen einheitliche Führung notwendig, damit nicht etwa ein halbes Dutzend Zahlstellen eines Verbandes Beratungen pflegen müßten und dabei schließlich den günstigsten Zeitpunkt für die Bewegung verstreichen lassen. Daß Altona und Hamburg ein einheitliches Wirtschaftsgebiet sei, könne doch nicht bestritten werden. Andre Verbände hätten mit der Zersplitterung schon längst aufgeräumt. Die Gründe, die hier in Altona-Ottensen angeführt, sprachen nicht im Prinzip gegen die Verschmelzung. Es werde hier die Möglichkeit freier Betätigung genau so gegeben, als wenn eine selbständige Zahlstelle bestände. Kollege Eckhoff erklärt: Wir wollen der Hamburger Prügeljungen nicht sein, die die Minorität zu vergewaltigen suchen, und zur Anstellungdes Agitationsleiters waren wir laut Statut berechtigt. Wir wollen uns mit Hamburg verschmelzen, aber unsre Rechte wollen wir alle behalten, und wenn wichtige Beschlüsse gefaßt werden, dann wollen wir nicht erst nach Hamburg laufen. Ferner kämen hier nicht 5—6 Zahlstellen in Frage, sondern nur zwei, und es ließe sich alles machen, wenn nur der gute Wille da wäre. Kollege Oxenius ergänzt diese Ausführungen und rügt die mangelhafte Kassierung der Mitglieder in Hamburg. Ein großer Teil sei 6—8 Wochen nicht kassiert. Kollege Tomaschus, Schiffbek, erklärt, er hätte per Zufall erfahren, daß Kollege Brey nach Altona komme, um die Verschmelzung zu erledigen. Weil nun in Schiffbek die Verschmelzung ebenfalls noch nicht geregelt sei, hätte er großes Interesse daran und sei deshalb nach Altona gekommen. Er protestiert gegen das Wahlrecht in der Zentrale, ferner erinnert er daran, wie der Verbandstagsbeschluß zustande gekommen sei. Drei Redner hätten gesprochen, 67 waren auf der Rednerliste eingezeichnet, den übrigen wurde durch Schlußantrag das Wort abgeschnitten. In Schiffbek habe man die Verschmelzung abgelehnt, man sehe dort mit Ruhe dem nächsten Verbandstag entgegen. Kollege Platz: Wir hören hier absolut nichts Neues. Alles, was Kollege Brey gesagt hat, ist uns schon immer gesagt, und ob der Hauptvorstand das Recht hat, uns das Material zu entziehen, steht nicht im Protokoll. Auch wäre schon so oft der Kollege Borger eingeladen, um die Mitglieder aufzuklären und noch niemals sei er erschienen. Kollege Brey bemerkt, der Verbandstagsbeschluß bestehe zu Recht, wenn Beschlüsse nicht befolgt würden, brauche man sich gar nicht mit Verbandstagen und Konferenzen zu befassen und jede Zahlstelle könne wirtschaften nach Belieben. Eckhoff bringt folgenden Antrag ein: „Wir wollen uns mit Hamburg verschmelzen unter der Bedingung, daß es hier so bleibt, wie es ist und Hamburg die drei amtierenden Kollegen übernimmt und das Delegiertensystem zur Generalversammlung einführt." Hegemann erklärt im Namen der Ortsverwaltung, daß sie nur zwei Beamte übernehmen könnten und zwar als Kassierer, weil die Agitation von Hamburg geleitet wird und sie für den dritten keine Beschäftigung hätten. Es sprachen noch mehrere Mitglieder für und gegen die Verschmelzung. Kollege Brey ging im Schlußwort noch näher auf das Regulativ ein und zeigte bei jedem Paragraphen, daß alles darauf hinausgehe, durch das Regulativ von Altona-Ottensen den Hamburger Kollegen die Verschmelzung zu vereleln. Es wurde dann über den Antrag Eckhoff abgestimmt und derselbe gegen acht Stimmen angenommen. Die Versammlung war von 900—1000 Mitgliedern besucht.

* **Hamburg.** Kurz vor Weihnachten wurden von der Kakaokompanie Th. Reichardt-Wandsbek Entlassungen vorgenommen; den Betreffenden wurde erklärt, sie könnten sich am 2. Januar wieder zur Arbeit melden. So nahmen sie denn an der Weihnachtsfeier im „Waldhotel" nicht teil, der zwei Geistliche beiwohnten und auf der nicht nur die Wohlfahrtseinrichtungen gepriesen, sondern auch Genügsamkeit gepredigt und die Leute ermahnt wurden, nicht zu viel von der Firma zu verlangen. Dieser Faden wird emsig weitergesponnen. Vor einigen Tagen erfolgte in der Fabrik eine Ansprache, in welcher die tiefgründige soziale Weisheit enthüllt wurde, an der gegenwärtigen Teurung sei lediglich die — Faulheit der Arbeiter schuld! Und wenn die Faulheit der eigenen Leute nicht aufhöre, werde man den Lohn kürzen und zunächst für die Arbeitskleidung 20 bezw. 10 Pfg. wöchentlich abziehen. Voriges Jahr seien 12 Prozent verdient, dies Jahr nur 8 Prozent, während das Geld 10 Prozent koste; es werde also nichts verdient. Da müsse man sich ja überlegen, ob man nicht die Fabrik aufgeben und mit dem Kapital an der Bank Geschäfte machen solle. (Ein kostbarer volkswirtschaftlicher Einfall!) In dieser Tonart ging es weiter. Wie verlautet, soll auch der in den höchsten Flötentönen gelobte Fabrikkonsumverein eingehen, da er der Firma „zu teuer" wird. — Der Arbeiterschaft kann es schon recht sein, wenn von dieser Seite unter die indifferenten Massen Aufklärung über das wahre Wesen des „wohltätigen" Kapitals getragen wird.

Jaxnick. Am 5. Januar hielt Kollege Wendland-Stettin in unsrer Mitgliederversammlung einen Vortrag über die Zementindustrie. Er zeigte an zahlreichen Beispielen, welche Riesenprofite die Unternehmer einheimsen und welche niedrigen Löhne den Arbeitern trotz der schweren und gesundheitsgefährlichen Arbeit gezahlt würden. Besonders aber sei in Jaxnick, wo in der Zementfabrik noch Löhne von 2,25 Mk. pro Tag bezahlt würden, eine Besserung dringend nötig. Diese Besserung könne aber nur eintreten, wenn die Arbeiter sich einmütig zusammenschließen. Die Bewegungen in Finkenwalde und Stettin führte der Redner als Beispiel an, um zu zeigen, wie es den organisierten Arbeitern möglich ist, die Arbeitsbedingungen günstiger zu gestalten, während die unorganisierten alles widerspruchslos hinnehmen müssen. Beim zweiten Punkt der Tagesordnung wurden einige Mängel im Kassiersystem gerügt und die Revisoren zu sorgfältiger Pflichterfüllung ermahnt. Weiter wurde vom Vorsitzenden aufgefordert, die Protokolle vom letzten Verbandstag anzuschaffen, dieselben würden von der Zahlstelle für 10 Pfg.

pro Stück, also unter dem Selbstkostenpreise, abgegeben. Weiter wurde der Kassierer beauftragt, die einlaufenden Gelder monatlich an die Hauptkasse einzusenden. Mit der Aufforderung, daß alle Mitglieder an der Ausbreitung des Verbandes mitarbeiten sollten, damit uns das Jahr 1908 einen größern Fortschritt bringe wie das verflossene, wurde die Versammlung geschlossen.

* **Oggersheim.** Die vom Gewerkschaftskartell arrangierte Weihnachtsfeier zugunsten der streikenden Kollegen und deren Kinder (Malzfabrik König u. Herf) war überaus zahlreich besucht. Der Kartellvorsitzende Genosse Schmidt begrüßte um 4 Uhr die Erschienenen, worauf unsre Arbeitersänger die Anwesenden mit einem exakt vorgetragenen Chor erfreuten. Kollege Prüll wies in seiner Festrede darauf hin, wie die besitzende Klasse mit Gewalt den Kindern der Armen ihren Glauben an das Christuskindlein, das alle Menschen gleich lieb habe und seine Gaben verteile, zerstöre. Es muß den Kleinen auffallen, daß die Kinder der Reichen mehr mit Gaben bedacht werden, als die Kinder der Armen. Wo kein Geld, da kein Christus. Die Jagd nach immer mehr Gewinn und sei es auf Kosten armer Kinder, die darben müssen, erstickt die Nächstenliebe selbst bei solchen Leuten, die leichten Herzens 500 Mark für ein Kirchenfenster stiften, wie es bei der Vertreterin der Firma der Fall ist. Wir machen ihr deshalb keinen Vorwurf, aber ist es nicht in viel weitgehenderem Maße seine Christenpflicht erfüllt, dem zu geben, der nichts hat, nicht als Geschenk, sondern als wohlverdienten Lohn? Allerdings, die Gesetze eines christlichen Staates fragen nicht nach den sieben Todsünden, unter denen „Vorenthaltung oder Entziehung des Tag- oder Arbeitslohnes" mit Höllenstrafe bedacht ist. „Lasset die Kindlein zu mir kommen, denn ihrer ist das Himmelreich", sagte Jesus, als abends spät noch Frauen ihre Kinder zu ihm brachten, als Jesus schon müde war und seine Apostel die Frauen abhalten wollten. Die Firmenvertreterin war früher Leiterin einer Kinderschule, ist heute noch Beraterin derselben, sollte sie nicht an die Kinder der Streikenden gedacht haben, als letztere 2 Mk. pro Woche mehr verlangten, um auch ihre Kinder erfreuen zu können? Geld macht die Herzen hart. Wer kennt nicht die Vorgänge in Krimmitschau, wo die Polizei den Kindern der Streikenden ihren Glauben an das Jesuskindlein aus dem Herzen riß! Wer will ob solcher Zustände den Kleinen noch hübsche Mären erzählen? Hier gilts die Wahrheit zu sagen, den Kindern nicht ihr verlorenes, nein, ihnen ihr geraubtes Paradies zu zeigen, damit sie sich vorbereiten auf den Kampf, den jetzt der Vater führt, den Kampf ums Brot, um ein erbärmliches Leben, den Kampf gegen unsre Brüder und Schwestern, um einen der zwei Röcke zu erhalten, womit wir unsre Blöße bedecken, und den jener gar nicht brauchen kann. Die Solidarität als Waffe in diesem Kampfe wird erst die Lehre Jesu zur Verwirklichung bringen. Nun erhielten die 37 Kinder ihre Geschenke, als Aepfel, Nüsse, Lebkuchen, und je einen hübsch behängten Ast vom Weihnachtsbaum. Von den Streikenden selbst konnte jedem von den innerhalb einigen Tage eingegangenen Geldern noch 10 Mk. eingehändigt werden. Gesang, Musik und leichtverständliche komische Darbietungen unterhielten die Anwesenden bis 7 Uhr.

* **Stettin.** Die Unfälle auf dem Eisenwerk „Kraft" in Stolzenhagen mehren sich in erschreckender Weise. Es vergeht fast keine Woche, wo nicht ein oder mehrere Unfälle vorkommen. Wie in vielen andern Betrieben ist es auch hier: wegen des für die Aktionäre dreimal heiligen Profits werden die gesetzlichen Bestimmungen betreffend den Arbeiterschutz in gewerblichen Betrieben wenig oder gar nicht innegehalten! Und die Aufsichtsbehörde trägt ein gut Teil der Verantwortung hierfür. Wiederholt sind Eingaben gemacht und Mißstände angeführt worden, aber man geht darüber hinweg und bekommt höchstens nur noch, daß sich die Arbeiter nicht selbst, sondern erst durch dritte Personen an die Aufsichtsbehörde wenden. Ob das der richtige Weg und die richtigen Mittel sind, zu verhüten, daß auch in Zukunft in leichtsinniger Weise mit dem Leben und der Gesundheit der Arbeiter gespielt wird, ist stark zu bezweifeln. Infolgedessen ist dringend zu wünschen, daß dem Gesamtbetrieb des Eisenwerks „Kraft" seitens der Aufsichtsbehörde mehr Aufmerksamkeit geschenkt wird als bisher. Schon einmal haben wir Gelegenheit nehmen müssen, auf die mehr als mangelhafte Beleuchtung des Betriebes hinzuweisen, wodurch damals ein Menschenleben vernichtet wurde. In letzter Zeit sind nun wieder zwei Unfälle zu verzeichnen, die auf die sehr mangelhafte Beleuchtung und die Zuwiderhandlung der gesetzlichen Bestimmungen ein helles Licht werfen. In der zum Gesamtwerk gehörenden Zementfabrik wollte ein Arbeiter zum Feuermachen sich Holz holen. In der Dunkelheit — es wurde von [illegible] — kam er einem Loch zu nahe, in das ein [illegible] gerade mit einem Fuß hinein und verbrannte [illegible]. In der Regel versuchen die Unternehmer wenigstens den Brunnen zuzudecken, nachdem jemand hineingefallen [illegible], so daß am andern Tage einem zweiten Arbeiter dasselbe passierte. Beide Arbeiter sind [illegible]. [illegible] sollten doch [illegible], die ihnen die Augen [illegible]. [illegible] die Ausrede: Wir dürfen dazu [illegible] folgt bald- [illegible]. [illegible] in vor- [illegible]

[illegible]

Rundschau.

— **Vom Arbeitsmarkt.** [illegible] „Reichsarbeitsblatt":

[illegible]

gegenüber eine geringe Verschlechterung zeigte. Das Gleiche berichten die Ceresinfabriken, der kleine Rückgang wird hier auf die amerikanische Geldkrisis zurückgeführt. In der Glyzerinfabrikation war der Geschäftsgang unverändert schwach. Die Farbholz-Extraktindustrie war wie in den Vormonaten schwach beschäftigt, die Gerb-Extraktindustrie hatte wie bisher genügend Arbeit. Der Bericht führt den ungünstigen Geschäftsgang in der Farbholz-Extraktindustrie auf den verminderten Zollschutz zurück. Die Industrie für chemisch-pharmazeutische Präparate war mit Arbeit besetzt, ein Betrieb Südwestdeutschlands berichtet eine Verschlechterung. In Berlin und Südwestdeutschland war ein Ueberangebot an Arbeitskräften vorhanden, sonst war das Angebot normal. Die Kieselguhrindustrie hatte andauernd viel Arbeit.

Die Papierfabriken waren im allgemeinen voll beschäftigt, in einzelnen Sorten jedoch war, wie aus Breslau berichtet wird, eine geringe Verminderung der Nachfrage nicht zu verkennen. Nach dem Bericht aus Sachsen blieben die Betriebe vielfach infolge des andauernden Wassermangels mit den Ablieferungen im Rückstand. Die Papierverbraucher gerieten aber dadurch kaum in Verlegenheit, da die Nachfrage in diesem Herbst nicht so lebhaft war wie in den Vorjahren. Arbeitermangel war zwar immer noch, besonders in Sachsen, vorhanden, doch war es möglich, mit Eintritt der kalten Jahreszeit manche Lücken auszufüllen. Die Betriebe für Papierausstattung hatten wie alljährlich mit der einsetzenden Weihnachtssaison viel Arbeit. In der Kartonnagenindustrie zeigte sich gleichfalls im Zusammenhang mit dem Weihnachtsgeschäft stellenweise eine Verbesserung gegen Oktober.

— **Fortschritt der Einigungsbestrebungen.** Die Freie Vereinigung der Maurer beschloß auf einer Konferenz mit 24 gegen 3 Stimmen den Anschluß an den Zentralverband der Maurer.

— **„Einstweilen" helfen sie sich.** Die Mansfelder Werke sind bekanntlich zum größten Teil Eigentum der Stadt Leipzig. Kürzlich erfolgte auf den Werken ein Wassereinbruch, der größern Schaden verursacht hat. Dazu schreibt nun ein, zweifellos eingeweihter, Gewährsmann dem „Hettstädter Wochenblatt": „. . . daß man für Mansfeld die Zuversicht gewiß nicht gleich sinken zu lassen brauche, daß aber die Gewerken, etwas verwöhnt durch mehrere glänzende Jahre, gut tun werden, sich auch einmal auf magere Jahre gefaßt zu machen. Einstweilen helfe sich die Mansfelder Gewerkschaft so gut es geht, zunächst mit einem Abstrich an den Arbeitslöhnen um zehn Prozent."

Das Hallesche „Volksblatt" bemerkt dazu: „Brutal, aber wenigstens offen! Man sagts den Arbeitern gleich genau: die Kuxeninhaber wollen ihre Dividende nicht einbüßen, drum könnt ihr Uebersättigten endlich einmal den Riemen enger schnüren.

Die Mansfelder Gewerkschaft hat ja auch für dieses Jahr „nur" 15 bis 20 Millionen Mark Ertrágnis zu erwarten! 90 bis 100 Mark sind pro Kuxe sicher! So besagt der Artikel selbst. Man hat aber daran noch nicht genug. Heraus aus dem Arbeiter, was nur irgend zu erpressen ist!

Und die Mansfelder Arbeiter? Sie wollen wie Hunde behandelt sein, sie wollen die Peitsche spüren! Wehe dem, der ihnen etwas von Ausbeutung durch die Unternehmer weismacht, wehe dem, der nicht der „nationalen" Fahne folgt! Im Mansfeldischen sind die Arbeiter durch jahrzehntelange Unterdrückung herabgesunken, sie fühlen nicht mehr, wie sie getreten werden."

Eingegangene Schriften.

Der Pascha am Baum. Das Schriftchen enthält den Bericht über einen Prozeß, den der Direktor der Papierfabrik am Baum gegen die „Münchner Post" wegen Beleidigung angestrengt hatte, sowie die Artikel, die den Anlaß zur Klage bildeten. Die Verhandlung, in der der organisationsfeindliche Direktor mit seiner Klage abblitzte, bot sehr viele interessante Momente, die für die Beurteilung der Unternehmerpraktiken wie der Scharfmachermoral gleich nützlich sind. Das 40 Seiten starke Heft ist für 20 Pfennig vom Kollegen Staimmer, München, zu beziehen.

Ulenbrook. Briefe aus der Heide an meine Freunde, von Jürgen Brand. Mit Buchschmuck vom Verfasser. Preis gebunden 1,50 Mark. Verlag: Buchhandlung Vorwärts: Berlin.

Der Bildungsausschuß der sozialdemokratischen Partei schreibt in seinem Verzeichnis empfehlenswerter Jugendschriften:

„Freund Brand", der den kleinen und großen Lesern der Kinderbeilage der „Gleichheit" seit langem ein lieber Bekannter ist, bietet in diesem vortrefflich ausgestatteten Büchlein zwölf Briefe, die er den Kindern in den zwölf Monaten des Jahres aus seinem „Ulenbrook" schreibt. In jedem dieser Briefe lernen die Leser ein besondres Kapitel der Natur kennen. Aber die Art, in der dies geschieht, ist nicht eine ermüdende, langweilig-belehrende, sondern das Buch ist mit dem Herzen geschrieben und geht zu Herzen. Ernst und innig spricht hier der ältere Freund zu der Jugend auch von dem Barschen und Geheimnisvollen, auch vom Geheimnis der Menschwerdung. Das Buch ist eines der besten Jugendschriften und sollte in keinem Arbeiterheim fehlen.

Es ist aber auch ein Buch, zu dem jeder Erwachsene immer wieder greifen wird, wenn er es einmal gelesen hat."

Verbandsnachrichten.

Vom 7. Januar ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:

Memel 198,20. Schöningen 121,88. Barmen 425,—. Itzehoe 366,50. Krefeld 232,46. Neustettin 215,22. Schweinfurt 198,66. Lunzenau 181,44. Werder 180,28. Ohlau 180,10. Grevesmühlen 150,65. Schiffbek 148,42. Heddesheim 147,58. Kamenz 142,24. Geithain [illegible]. Niederndodeleben 102,31. Lauenburg (Elbe) 101,[illegible]. Wernigerode 95,52. Strehla 90,92. Blankenburg a. H. 67,10. Gnoien i. M. 57,10. Gräfenhausen 50,42. Burgdorf b. H. 47,50. Eilenburg 39,88. Kalbe a. S. 0,75. Wunsiedel 575,98. Barth 378,[illegible]. Hanau a. M. 281,46. Sommerfeld N.-L. 261,58. Worms 228,08. Ansbach 181,84. Rothenburg o. T. 72,26. Singen 53,99. Kottbus 22,80. Neu-Oedernitz 9,80. München 1928,12. Leipzig 1068,17. Augsburg 822,38. Markranstädt 686,33. Marne 661,50. Köslin 568,[illegible]. Weißenfels 502,35. Lägerdorf 481,32. Helmstedt 407,66. Ratzeburg 324,20. Eberswalde 335,—. Friedland i. M. 287,15. Pforzheim 238,50. Bornhöved 238,54. Woldegk 222,99. Bunzlau 175,95. Burg a. Fehm. 156,44. Freiberg i. S. 129,81. Königstein a. Elbe 122,30. Oltersheim 112,90. Lorsch 75,28. Nossen 64,26. Euskirchen 61,82. Helmstedt 45,52. Nortorf 18,70. Grimma 13,02. Gr.-Lichterfelde 0,50. Karlsruhe 324,70. [illegible] 343,80. [illegible] 327,70. Jena 314,26. Eßlingen 274,86. Schwetzingen 179,96. Reutlingen 97,48. Heidingsfeld 61,52. Königsberg i. Pr. 51,80. Schandau 45,32. Stettin 1600,—. Elmshorn 1161,20. Delmenhorst 423,18. Goslar a. H. 391,92. Neuhofen Pfalz 217,17. Osnabrück I 189,39. Oranienburg 132,95. Schönberg i. M. 153,12. Friedrichsfeld 145,42. Dresden 119,59. [illegible] 108,52. Emden 49,36. Seesen 30,26. Erlangen 27,02. Jatznick 152,38. Lorch i. W. 65,03. Olvenstedt 34,94. Köln 730,68. Brunsbüttelkoog 622,38. Bernburg 397,60. Merseburg 332,84. Minden 305,28. Oldesloe 283,23. Cattenstedt 208,15. Nauen 200,—. Meldorf 184,99. Bramsche 158,72. Leer 58,50. [illegible] 45,88. Mainz 10,46. Quedlinburg 131,16. [illegible] 500,—. Zeitz 458,08. Miesbach 351,34. Einbeck 312,20. [illegible] 300,—. Neuhaldensleben 279,82. Liegnitz [illegible]. [illegible] 143,40. Leisnig 111,60. Altwasser 83,94. Stolp 73,45. Warin 34,08. Sagan 19,20. Hamburg 17 110,65. Ebersdorf 163,58. Nürnberg 1900,—. Dessau 1036,60. Leipzig 500,—. [illegible] 752,58. Podejuch 673,87. [illegible] 600,—. Roßlau Anhalt 542,52. Köslin 520,95. Glauchau 316,12. Wittenberge [illegible]. Fürth 283,81. Heegermühle 226,88. Osnabrück II 224,92. Weimar 224,56. Westerland 201,06. Eisenberg S.-A. 229,09. [illegible] 253,20. Konstanz 207,08. Kolberg 205,45. Bremen 151,94. Cöthen 162,20. Triebes 154,80. Oschatz 105,42. [illegible] 41,12. [illegible] 21,95.

Schluß: Montag, 13. Januar, mittags 12 Uhr.

Fr. Brauns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 4. Quartal 1907 haben eingesandt: Nürnberg, Görlitz, Memel, Posen, Schöningen, Kempten, Anklam, Güstrow, Lorsch, Ohlau, Lauenburg, Kalbe, Werder, Heddesheim, Eilenburg, Zeitz, Kottbus, Singen, Barth, Augsburg, Schiffbek, Gräfenhausen, Neu-Oedernitz, Grevesmühlen, Wolkenstein, Blankenburg, Bornhöved, Burgdorf, Zell, Itzehoe, Euskirchen, Jockgrim, Nortorf, Wernigerode, Bernburg, Königsberg i. Pr., Nossen, Woldegk Lägerdorf, Friedland i. M., Wolmirstedt, Zwickau, Eberswalde, Lunzenau, Ratzeburg, Weißenfels, Marne, Pforzheim, Königstein a. E., Küppersteg, Oltersheim, Magdeburg, Markranstädt, Speyer, Schwetzingen, Reutlingen, Leipzig, Osnabrück, Oranienburg, Erlangen, Köslin, Jatznick, Neuhofen, Worms, Dessau, Radeberg, Helmstedt, Groß-Kühnau, Seesen, Bunzlau, Eßlingen, Neustettin, Klötze, Tutzing, Wunsiedel Schandau, Eggesin, Rastenburg, Kamenz, Olvenstedt, Hamburg, Delmenhorst, Elmshorn, Mügeln, Dresden, Döbeln, Cattenstedt, Minden, Köthen, Liegnitz, Meldorf, Hanau, Stolp, Oldesloe, Bramsche, Merseburg, Quedlinburg, Lorch, Ansbach, Mainz, Kolbermoor 3 u. 4, Köln, Mannheim, Ebersdorf, Mundenheim, Fürth, Halle, Zerbst, Nauen, Altwasser, Brieg, Kolberg, Leer.

Zur Beachtung!

Die Notizkalender für das Jahr 1908 sind vergriffen.

Die **„Gleichheit"** darf nur an solche weiblichen Mitglieder abgegeben werden, die einer Familie angehören, in welcher **mehrere** Personen dem Verbande angehören (Vater und Tochter, Mann und Frau, Bruder und Schwester). Alle andern weiblichen Mitglieder erhalten den **„Proletarier"**. An männliche Mitglieder wird die „Gleichheit" **nicht** geliefert.

Achtung! Die Unterstützungsauszahler werden hiermit darauf aufmerksam gemacht, daß das Mitglied Herm. Scholz, Buch-Nr. 304 951, eingetreten 14. 4. 06, während der Zeit vom 9. 7. 07 bis 9. 9. 07 die Unterstützung von 24 Mk. bezogen hat, also ausgesteuert ist. Dem Kollegen ist in Königstein (Elbe) ein neues Buch ausgestellt, aber es ist die erhaltene Unterstützung nicht eingetragen. Beim Vorzeigen des Buches muß die erhaltene Unterstützung eingetragen werden.

Der Vorstand.

Zustimmung zur Erhebung von Extrabeiträgen:

Nienburg. 10 Pf. pro Mitglied und Monat.

Eingegangene Zahlstellen.

Angeschlossen haben sich die Zahlstellen **Tegel** an **Berlin** und **Podejuch** an **Stettin**.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

Nr. 195 115, ausgestellt auf den Namen Valentin Krauth am 1. September 1906 in Speyer.

Nr. 193 065. Michael Höfner, eingetreten am 9. April 1907 in Heidingsfeld.

Nr. 257 809. Karl Schmall, eingetreten am 5. Mai 1907 in Kreuz.

Neue Adressen und Adressen-Aenderungen.

Anklam. Friedr. Wegner, Neuetorstr. 2.
Bramsche. Adam Uttinger, Gartenstr. 326A.
Bremen. Georg Helms, Lutherstr. 47. Geschäftsführer: F. W. Döjick, Faulenstr. 58—60, 1. Etg.
Cattenstedt. Anton Niedzielski, Hasselfelderstr. 81.
Driesen. Franz Schulz, Schützenstraße 18.
Eckernförde. Joh. Peters, Kielerstr. 20.
Eutin. Heinrich Holst. Weidestr. 40.
Geiselhöring. Heinrich Fellermeier, Sallacherstraße 85.
Görlitz. Adolf Bürger, Salomonstr. 30, 4. Etg.
Helmstedt. Karl Domition, Böttcherstr. 9.
Hüttenrode. Julius Rienecker, Grüngasse.
Liegnitz. Oswald Meyer, Jauerstr. 66.
Neustadt, O.-Schl. (Gau 11.) Wilh. Becker, Pramsenerstr. 9.
Triebes. Gust. Wagner, Steinstr. 29.
Warin. Karl Luth, Schulstr. 186.
Werder a. Havel. August Heimlich, Baderstr. 51.

Briefkasten.

L. in S. Artikel nicht verwendbar. Deiner Aufforderung, daß die organisierten Arbeiter, namentlich aber deren Frauen, sich bei Arbeitern, mit denen sie in Berührung kommen (Warenunterbringern, reisenden Kollegen, Straßenbahnschaffnern, Kellnern usw.), nach der Zugehörigkeit zur Organisation erkundigen sollen, geben wir hier Raum und hoffen, daß sie entsprechende Beachtung findet. — **Singen.** Für Eure Information besten Dank, von einer Veröffentlichung wollen wir vorläufig absehen. Hoffentlich ändert die Firma ihr Verhalten. — **Reusefeld.** Todesanzeigen können im „Proletarier" nicht aufgenommen werden. — **Bremen.** Habe nur Inserat geändert; könnt Ihr die Bekanntmachung nicht in andrer Weise vornehmen? — **Düsseldorf.** Die Bekanntgabe der Orte hat den Zweck, den Zuzug fernzuhalten, dazu ist Angabe der Betriebe nicht nötig, weil es sich [illegible] nicht um Berufsarbeiter handelt.

Inserate.

Zahlstelle Alfeld.

Die nächste
Mitglieder-Versammlung
findet am **Sonnabend, dem 25. Januar 1908, abends 8½ Uhr,** im Lokale des Herrn **Nies** statt. **Vortrags-Abend.** Referent zur Stelle. [1,35 ℳ
Guter Besuch wird erwartet. **Die Bevollmächtigten.**

Zahlstelle Bremen.

Unsern Mitgliedern hiermit zur Kenntnisnahme, daß drei Kollegen verstorben sind. Sterbemarken 10, 11 und 12 sind somit fällig.
75 ₰ **Die Ortsverwaltung.**

Zahlstelle Gronau.

Sonntag, den 19. Januar 1908:
Jahres-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 1. Quartal. 2. Wahl der Bevollmächtigten und Revisoren. 3. Verschiedenes. [1,20 ℳ
Um zahlreiches Erscheinen ersuchen **Die Bevollmächtigten.**

Zahlstelle Köln und Umgegend.

Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 3 Uhr:
Generalversammlung
in Köln, „Volkshaus", Severinstr. 199.
Tagesordnung: 1. Abrechnung vom 4. Quartal 1907. 2. Kassenbericht vom letzten Halbjahr 1907. 3. Geschäftsbericht vom letzten Halbjahr 1907. 4. Beschlußfassung über die Erhebung eines Lokalbeitrags von den weiblichen Mitgliedern.
Die Kollegen und Kolleginnen werden ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.
1,80 ℳ **Die Ortsverwaltung.**

Zahlstelle Neudamm.

Unsre Versammlungen tagen jeden Sonntag nach dem 15. eines jeden Monats im Lokale des Herrn **Paul Schäfer,** Wilhelmstr. 3.
75 ₰ **Die Bevollmächtigten.**

Zahlstelle Osnabrück I.

Sonntag, den 26. Januar 1908, vormittags 11 Uhr:
Generalversammlung
beim Gastwirt **Uffmann,** Großestraße 53.
Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist zahlreiches Erscheinen der Mitglieder erwünscht.
1,35 ℳ **Die Ortsverwaltung.**

Beilage zum Proletarier.

Nr. 3. Hannover, 18. Januar 1908. 17. Jahrg.

Die Kampforganisationen der Unternehmer.

II.

Im vorigen Artikel haben wir uns mit der Tendenz und dem allgemeinen Inhalt des Keßlerschen Buchs beschäftigt, heute wollen wir kurz auf einige uns besonders interessierende Einzelheiten des Buchs eingehen.

Der erste Teil des Buchs befaßt sich mit der Geschichte der Arbeitgeberverbände, der zweite mit ihrer Tätigkeit und im Anhang finden wir verschiedene Satzungen von Arbeitgeberverbänden, sowie auch die Fragekarte des Verbandes von Arbeitgebern der chemischen Industrie Mannheim-Ludwigshafen, die wir im Vorjahre im „Proletarier" veröffentlichten.

Eingeteilt werden die Arbeitgeberverbände in folgende 6 Gruppen:

A. 1. Gemischte Reichsverbände,
„ 2. „ Bezirksverbände,
„ 3. „ Lokalverbände,
B. 1. Reichsverbände eines Gewerbes,
„ 2. Bezirksverbände „ „
„ 3. Lokalverbände „ „

Für unsre Organisation kommen hauptsächlich in Betracht die Verbände der keramischen, der Zucker-, Papier- und chemischen Industrie.

In der keramischen Industrie haben wir neben dem unter Leitung des Dir. Polko-Meißen stehenden Verbande der Kachelofenfabrikanten, der tariffreundlich und Verhandlungen mit den Arbeitern nicht abgeneigt ist, den Verband deutscher Tonindustrieller unter Leitung des Herrn Fiebelkorn. Letzterer umfaßt hauptsächlich die Ziegeleien und wird mit Recht als scharfmacherisches Kuriosum erwähnt, weil er zugleich dem Zentralverband deutscher Industrieller und dem Bund der Industriellen angehört, zwei Organisationen, die sich sowohl in ihren Tendenzen wie in ihren Interessen ziemlich schroff gegenüber stehen. (Auch im Reichsverband hat er gegen einen einmaligen Beitrag von 100 Mark die Mitgliedschaft erworben. D. Red.) Der Verband will den sozialen Frieden fördern durch „feierliche Ueberreichung eines Denkblattes und einer silbernen Gedenkmünze." Außerdem will er das Wohnungs- und Kantinenwesen in Ziegeleien bessern und — tragbare Kochkisten verteilen. Von seiner Medaillensozialpolitik haben wir schon verschiedentlich gehört, zur Erfüllung der weiterhin übernommenen Aufgaben hat er noch nichts getan. (Daß das Gedenkblatt in 10 Farben gedruckt ist und auf Wunsch mit einem gewachsten Eichenrahmen für fünf und eine halbe Mark versehen wird, erwähnt Herr Keßler nicht, wir holen das deshalb nach. D. Red.) Der Verband hatte am 31. Dezember 1906 873 Mitglieder, ist gerichtlich eingetragen und schuldenfrei, hat aber „auf Ersparnisse bisher keinen Wert gelegt", das heißt, er hat kein Geld. Dafür figurieren aber in der Bilanz für 455 Mk. vorrätige Gedenkblätter und Gedenkmünzen. Es ist ein beschämendes Zeugnis für die Ziegeleiarbeiter, daß der Arbeitgeberverband hoffen darf, mit solch wertlosem Spielzeug die Arbeiter über ihre elende Lage hinwegtäuschen zu können.

In der Papierindustrie steht uns neben dem vom Vorsitzenden des Bundes der Industriellen geleiteten Verband der Dachpappenfabrikanten der im Vorjahr gegründete Arbeitgeberverband deutscher Papierfabrikanten gegenüber. Da der „Verein deutscher Papierfabrikanten" der Vater des Arbeitgeberverbandes ist, werden sich die geradezu beispiellos rückständigen Ansichten dieses Vereins wohl auch auf den neugeborenen Arbeitgeberverband vererbt haben. So konstatiert Dr. Keßler, daß der Verein von 1901—1906 aufgetreten ist

gegen die Heraufsetzung des Schulalters für Jugendliche auf 18 Jahre,
gegen die Begründung der Kaufmannsgerichte,
gegen die Verleihung der Rechtsfähigkeit an die Berufsvereine,
gegen die Einführung des gesetzlichen Zehnstundentags für Arbeiterinnen.

Geleitet wird dieses Musterexemplar einer Organisation für den Rückschritt von Herrn Generalsekretär Ditges, von dessen sozialpolitischer „Einsicht" wir schon wiederholt Proben gegeben haben. Den Verein deutscher Tapetenfabrikanten bezeichnet Dr. Keßler als aufgelöst; formell ist das richtig, seine Tätigkeit ist aber an die Leitung des Trusts gefallen und bedeutet die Auflösung somit nur eine Verschiebung.

In der chemischen Industrie vermissen wir die Erwähnung des Vereins zur Wahrung der Interessen der chemischen Industrie. Der Verfasser rechnet ihn jedenfalls zu den rein wirtschaftlichen Vereinen. Den Satzungen des Vereins nach mag das berechtigt sein; in Wirklichkeit hat diese Organisation mehr Einfluß auf die Arbeitsbedingungen in den angeschlossenen Betrieben wie zahlreiche Arbeitgeberverbände. Wir finden also die chemische Industrie nur vertreten in den gemischten Bezirks- und Lokalverbänden. So gehören dem Verband von Arbeitgebern im bergischen Industriebezirk 15 chemische Fabriken, darunter auch die Elberfelder Farbwerke, an. Von den Ortsverbänden verzeichnet Keßler nur den Verein der chemischen Industrie von Hamburg-Altona und den Verband von Arbeitgebern der chemischen Industrie Mannheim-Ludwigshafen. Selbstverständlich sind die Arbeitgeberverbände der chemischen Industrie hiermit nicht erschöpft, namentlich sind in den gemischten Bezirks- und Lokalverbänden noch zahlreiche chemische Betriebe organisiert.

In der Zuckerindustrie ist ein allgemeiner Arbeitgeberverband in der Bildung begriffen (wir haben wiederholt darüber berichtet); da der Oberscharfmacher Buek Geschäftsführer des Vereins der Deutschen Zuckerindustrie ist und in dieser Eigenschaft zum Zusammenschluß treibt, dürfte die Gründung bald perfekt werden. Nach Keßler sind die Satzungen schon in den Händen der Interessenten; ein Artikel im „Zentralblatt für die Zuckerindustrie", den wir kürzlich im Auszug veröffentlichten, ließ andre Schlüsse zu.

Wenn auch die Arbeitgeberverbände in den für uns in Betracht kommenden Industrien noch nicht in gleicher Geschlossenheit auftreten wie in der Metall- oder Holzindustrie, so ist doch nicht zu verkennen, daß der Drang nach Zusammenschluß ständig wächst. Das ist eine Tatsache, die uns zu doppelter Vorsicht und Umsicht bei Lohnkämpfen und zu doppelter Energie bei der Arbeit für die weitere Ausbreitung unsres Verbandes anspornen muß.

Vom Nachtwächter der Besitzenden.

Der Staat ist der Nachtwächter der Besitzenden, so äußerte sich Lassalle schon vor mehr als 40 Jahren. Die Wahrheit dieses Ausspruchs kann man tagtäglich beobachten. Natürlich kann der Staat diese seine für uns so unerfreuliche Funktion nur ausüben zum Schaden der Nichtbesitzenden. Heißt es doch schon in der Bibel: „Niemand kann zwei Herren dienen". Da doch nun einmal die Interessen der besitzenden Klasse mit denen der Nichtbesitzenden, der arbeitenden Klasse, kollidieren, so ist es erklärlich, daß jede Handlung des Staates zugunsten der besitzenden Klasse dem Interesse der arbeitenden Klasse widerspricht. Die Stellung des Staates zur Klasse der Besitzenden ist anderseits aber auch wieder verständlich. Es ist ein Fleisch und Bein. Einige Beispiele mögen das beweisen.

Vor ca. vier Monaten, als sich kein Mensch mehr im Zweifel sein konnte, daß ein wirtschaftlicher Niedergang bevorstand, schloß die preußische Verwaltung mit dem Stahlwerksverband einen Lieferungsvertrag für Eisen ab. Der Vertrag dauert bis Ende 1910. Nachdem hat der Stahlwerksverband bekanntlich eine Preisherabsetzung von 10 Mark pro Tonne vornehmen müssen. Haben die preußischen Regierungsmänner den Konjunkturrückgang vor vier Monaten wirklich nicht im voraus sehen können? Auf diese Weise werden den Industriellen ca. 10 Millionen Mark Steuergroschen unnütz in den Hals geworfen. Noch einträglicher ist das Geschäft, das die Agrarier mit dem Staat machen. 1904 wurden 100 607 620 Doppelzentner Roggen und 38 048 280 Doppelzentner Weizen in Deutschland gebaut und 4 724 550 Doppelzentner Roggen und 20 211 290 Doppelzentner Weizen eingeführt. Es werden demnach von 100 Kilogramm Brotgetreide etwa 85 Kilogramm in Deutschland gebaut und 15 Kilogramm eingeführt.

Von je 100 Mk., die die Brotkonsumenten infolge der deutschen Zollpolitik mehr bezahlen müssen, fließen also 15 Mk. in die Reichskasse und 85 Mk. in die Taschen der Großgrundbesitzer. Da nun die Reichskasse im Jahre 1905 zirka 900 Millionen Mark für Getreidezölle vereinnahmte, konnten die Agrarier über 900 Millionen Mark in die Taschen stecken. Nach Ermittlungen der Fleischbeschau und den in der Denkschrift des deutschen Landwirtschaftsrates aufgestellten Berechnungen stellt sich der Fleischverbrauch in der Zeit vom 1. Juli 1904 bis 30. Juni 1905 auf 3 253 451 090 Kilogramm. Jede 10 Pf. Preissteigerung für 1 Kilogramm Fleisch erhöht die Mehrausgabe des Volkes für Fleischnahrung um 325 345 109 Mark. Jetzt weiß aber jeder, daß es bei einer Steigerung von 10 Pf. pro Kilogramm nicht geblieben ist, sondern die Steigerung im Jahre 1906 weit höher war. Außerdem steigen natürlich durch die Preis- und Zollpolitik der Regierung und der Agrarier die Grundrenten und damit die Preise der Güter ganz ungeheuerlich.

Für die Arbeiter äußert sich die Fürsorge der Regierung in entgegengesetzter Richtung. Erstens müssen sie die Summen aufbringen, die den Agrariern zugeschanzt werden und dann werden sie auf jede Weise schikaniert und gehindert, wenn sie vom Unternehmer eine Lohnerhöhung fordern, um die Mehrausgabe auszugleichen. So kosteten z. B. beim letzten Berliner Bauarbeiterstreik den Maurerverband die polizeilichen Strafmandate für Streikpostenstehen nicht weniger wie 3175,50 Mk. Wieviel Strafen von der Polizei und den Behörden in einer eben so langen Zeit den Berliner Bauunternehmern auferlegt werden wegen Nichtinnehaltung oder Uebertretung der Arbeiterschutzbestimmungen, wissen wir zurzeit nicht, es wäre jedoch sehr interessant, sie der obigen Summe gegenüberstellen zu können. Außerdem wurden aber noch 3 Jahre, 11 Wochen und 3 Tage Gefängnis verhängt. Ein treffendes Beispiel, inwiefern sich der Staat als Nachtwächter der Besitzenden fühlt, ist der § 7 im Entwurf des neuen Vereinsgesetzes. Derselbe lautet: „Die Verhandlungen sind in deutscher Sprache zu führen, Ausnahmen sind mit Genehmigung der Landeszentralen zulässig."

Dieser § 7 bedeutet für die Arbeiter eine Ausnahmebestimmung und für die Unternehmer eine Prämie. Das schlimmste leistet sich freilich der Entwurf mit der Möglichkeit einer Versammlungsauflösung, wenn einem Redner nicht das Wort entzogen wird, falls er sich „verbotswidrig" einer fremden Sprache bedient. Das Verbot des Gebrauchs einer nicht deutschen Sprache wird statuiert durch § 7, der aber ebenfalls nur für die öffentlichen Versammlungen Geltung haben soll. Unterstützt wird dasselbe durch zwei weitere, wonach auch die Satzungen der Vereine in deutscher Sprache einzureichen sind (§ 2) und nur „Reichsangehörige" das Recht haben, Vereine zu bilden und sich zu versammeln. Die letztere Beschränkung ist noch ungeheuerlicher als das Sprachenverbot, denn sie verwehrt den Millionen in Deutschland teils vorübergehend Beschäftigten, teils dauernd Niedergelassenen die elementarsten Menschenrechte, ohne die ein Mensch im modernen Staatswesen hilflos ist. Die Reichsregierung duldet, daß das Unternehmertum Jahr um Jahr über eine Million Arbeiter aus Italien, Böhmen, Galizien, Rußland und Ungarn hereinzieht, die nach Angabe der Unternehmer für die Industrie und Landwirtschaft nicht mehr zu entbehren seien. Sie macht aber diese Arbeiter rechtlos. Die Arbeitgeber, die Hausbesitzer, die Gewerbetreibenden, die Kaufleute konnten sich gegen sie vereinigen, aber den ausgebeuteten Ausländern bleibt das Koalitions- und Versammlungsrecht untersagt. Beteiligen sie sich trotzdem an Vereinen und Versammlungen, so kann die Polizei sie nach Gutdünken ausweisen, was sie auch häufig genug, selbst gegenüber christlichen Gewerkschaftsvertretern, getan hat. Schon diese Einschränkung bekundet, wie weit die Reichsregierung von einer liberalen Auffassung des Vereins- und Versammlungsrecht entfernt ist. Gerade die Gewerkschaften, ohne Unterschied ihrer politischen und religiösen Richtung

Die christlichen Gewerkschaften als Schutztruppe der politischen Reaktion!

II.

„Die christlichen Gewerkschaften bildeten bisher ... sozusagen **den einzigen Damm gegen die Hochflut der Sozialdemokratie.**"
(Aachener „Volksfreund", Nummer 238, Oktober 1905.)

Jeder christliche Versammlungspauker weiß seinem Auditorium zu erzählen, daß die freien Gewerkschaften „sozialdemokratische Gewerkschaften" seien und zum Beweis für diese Behauptung führt er dann an, daß ein Gewerkschaftsführer — manche wissen es nicht einmal, daß es Genosse Bömelburg war — gesagt habe: „Partei und Gewerkschaften sind eins" und daß während des letzten Reichstagswahlkampfs die sozialdemokratische Parteikasse durch Gewerkschaftsgelder unterstützt sei. Die „Ehrlichen" wissen oder wollen es nicht wissen, daß während des letzten Wahlkampfs der Verband der Industriellen, also eine Organisation des wütendsten Scharfmachertums, die nationalen Parteien reich mit Geldmitteln versah und daß es dieserhalb schon bei den engen Verbindungen gewerkschaftlicher Tätigkeit mit den politischen Vorgängen Selbsterhaltungspflicht jeder um das Arbeiterwohl ernstlich bedachten Gewerkschaft war, ihren Gegner zu schwächen, indem sie dessen politischen Gegner auf jede nur erdenkliche Weise stärkte. Wie der ältere Cato seine Reden im römischen Senat zu beschließen pflegte durch die Worte: „Ceterum censeo Carthaginem esse delendam" („Uebrigens bin ich der Meinung, daß Karthago zerstört werden muß"), so beschließen die Christlichen ohne Ausnahme ihre Reden mit einer wütenden Philippika gegen die freien Gewerkschaften wegen deren Stellung zur sozialdemokratischen (Arbeiter-) Partei, ihre Gewerkschaftsgebilde dabei als absolut neutrale engelgleiche Gebilde lobpreisend.

Sehen wir nun einmal zu, wie über die politische Neutralität der christlichen Gewerkschaften deren beste Freundin, die Zentrumspresse, urteilt, von der man doch wahrlich nicht annehmen kann, daß sie zu deren Ungunsten die Unwahrheit verkündet, wenngleich auch sonst Wahrheit und Zentrumspresse Gegensätze wie Wasser und Feuer sind.

Die „Kölnische Volkszeitung" steht den christlichen Gewerkschaften auf alle Fälle sympathisch gegenüber und hat ihnen zuliebe schon manchen Strauß ausgefochten. Ihr ist also nicht zuzutrauen, daß sie etwa aus Bosheit das Märchen von der politischen Neutralität der christlichen Gewerkschaften durch Verbreitung falscher Tatsachen zerstört. Sie ist bekanntlich auch ein recht vorsichtig geleitetes Organ, und so ist, was sie in bezug auf unser Thema schreibt, doppelt bedeutsam! Wir wollen nur einiges herausgreifen von demjenigen, was sie in dem letzten Jahrfünft schrieb.

Nach der Reichstagsersatzwahl in Saarbrücken im April 1902 ließ sie sich vernehmen: „Der Ausfall der Wahl entspricht nicht den Hoffnungen, die man vielfach in der Zentrumspartei gehegt hat. An Anstrengungen hat man es nicht fehlen lassen. ... Was an der Saar nottut, ist eine energische und umsichtige christliche Gewerkschaftsbewegung."

So werden von dem rheinischen Zentrumsblatt die christlichen Gewerkschaften ohne weiteres als Zentrumswahlvereine angesprochen und behandelt. Im gleichen Jahr erhielt das Blatt eine Notiz von Limburg a. d. Lahn, datiert vom 6. Oktober, welche besagt: „Es ist erfreulich zu sehen, daß auch in Limburg das politische Leben recht frisch pulsiert. Vor einigen Wochen hielten die christlichen Gewerkschaften hier eine Versammlung ab. Unterstützt von den maßgebenden politischen Kreisen Limburgs", sei der „Kampf gegen die freien und die Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften mit gutem Erfolge" inauguriert. Dem Parteiinteresse des Zentrums zuliebe wurde also der Bruderzwist in die Reihen der Arbeiter getragen und die — ach so notwendige — gewerkschaftliche Einigkeit auf lange Jahre hinaus zerstört. Das wird noch durch andre Fakten belegt. Die Kölnerin schrieb Ende Mai 1903 von der Notwendigkeit, im Saargebiet die Arbeiter christlich zu organisieren, und rief dabei aus: „Außerdem setzt die sozialdemokratische Agitation neuerdings mit besonderer Kraft ein. Sollten wir da ruhig zusehen?" Warum sie nicht ruhig zusehen mag, sagt sie am 30. September 1904, als sie über die Erfolge der Sozialdemokratie im Ruhrrevier schrieb: „Wenn wir der sozialdemokratischen Hochflut einen Damm entgegensetzen wollen, dann müssen wir vor allen Dingen auch zur Erstarkung der christlichen Gewerkschaften beitragen."

Was der Verband echt russischer Leute für Väterchen, sind die Christlichen für das Zentrum und andre reaktionäre Parteien. Nehmen sich diese Parteien doch nur der christlichen Gewerkschaftsbewegung an, um diese gegen die klassenbewußte Arbeiterschaft auszuspielen. Das behauptet z. B. auch die „Tremonia", das Dortmunder Zentrumsorgan, die im März 1902 aus Witten folgende Meldung brachte: „Hier hat sich ein Fachverein christlicher Bauhandwerker gebildet, um dem sozialdemokratischen Wählverein besser entgegenwirken zu können." Die klerikale „Saarpost" beglückwünschte anfangs April 1906 die christliche Organisation des Saargebiets zu ihren angeblichen Erfolgen. Der Artikel ist äußerst interessant zu lesen, heißt es doch in demselben:

„Wir gratulieren den christlichen Gewerkschaften zu ihrem Erfolge, denn wir erblicken in ihnen eine mächtige Vormauer, durch welche das Saarrevier davor bewahrt wird, der Sozialdemokratie anheimzufallen. Man sage nicht, der treugläubige Sinn der Arbeiterschaft sei Garantie genug, daß die hiesige Arbeiterschaft nicht sozialdemokratisch werde. Wir könnten Orte genug aufzählen, wo die Arbeiterschaft seit alten Zeiten katholisch ist, aber weil man die christlichen Gewerkschaften einzuführen versäumte, erst in die freien Gewerkschaften eintraten und dann, wie das gewöhnlich geschieht, der Sozialdemokratie anheimfiel. Wir könnten in nächster Nähe eine Reihe von Orten nennen, ganz katholischen Orten mit tüchtigen Pfarrern, wo die Sozialdemokratie großen Triumphen entgegensteht. Diese Geistlichen tun ihre Pflicht in der Kirche in sehr treuer Weise. Aber da sie sich um die gewerkschaftliche Organisation der Männer nicht kümmerten, sind diese schon zu einem großen Teile in die sozialdemokratischen freien Gewerkschaften eingetreten und werden dadurch mit der Zeit vollständige Sozialdemokraten."

Allerorts und zu jeder Zeit haben die Preßorgane der politischen Reaktion die christlichen Gewerkschaften als Kampforganisationen gegen die Sozialdemokratie angesehen, sie begründet und unterstützt, obwohl oder auch weil sie wußten, daß durch die gewerkschaftliche Zersplitterung nur die Unternehmer und sie selbst einen Vorteil haben. So schrieb im Vorjahre die ebenfalls zum Zentrum zählende „Allgäuer Zeitung", nachdem sie nachgewiesen, daß es eine politische Neutralität nicht gebe:

„Das ist eben für alle eine ernste Mahnung, der wirtschaftlichen Vereinigung der Arbeiter nicht interesselos gegenüber zu stehen. Wenn aber der Arbeiter einmal in eine freie Gewerkschaft eingetreten ist, ist er der Sozialdemokratie verfallen. Deshalb muß es unser Bestreben sein, durch Gründung und Unterstützung der christlichen Gewerkschaften den Einfluß der Sozialdemokraten zu hemmen, eine Mahnung, die wir auch an die **Arbeitgeber** richten." Den Arbeitgebern empfahl auch die „Essener Volkszeitung" im Juni 1906 die Christlichen als getreue Fridoline, indem sie einen Artikel der Zentrums-Parlamentskorrespondenz, der sich gegen den konservativen Professor Delbrück richtete, der bekanntlich die christlichen Gewerkschaften in einer Rede scharf angelassen hatte. Der Artikel zitierte Stimmen der konservativen Presse zugunsten der christlichen

sind gleichmäßig an einer Beseitigung der Vereinigungsschranken für ausländische Arbeiter in so hohem Grade interessiert, daß die ihnen nahestehenden Parteien alles versuchen müssen, um hier der Polizeiwillkür eine Grenze zu ziehen. Es erscheint durchaus glaubwürdig, was die „Schles. Volksztg." über die Entstehung des § 7 meldet. Danach soll Fürst Bülow einer Abordnung des christlich-nationalen Arbeiterkongresses am 14. Oktober, die gegen den Sprachenparagraphen protestierte, erklärt haben: „Aber den hat die Regierung ja garnicht gewollt; den haben ja die Nationalliberalen, die rheinischen Großindustriellen hinein haben wollen!" Mag dies nun zutreffen oder nicht, der Sprachenparagraph bleibt ein Ausnahmeparagraph gegen die Arbeiter und ein Kompliment der Regierung gegen die Unternehmer.

Die angeführten Beispiele beweisen, daß der Staat seine Aufgabe als Ausschuß der Besitzenden durchaus begriffen hat und daß die Arbeiter alle Ursache haben, mit dem gegenwärtigen Stand der Dinge unzufrieden zu sein. G. Ng.

Aus der chemischen Industrie.

Ein einsichtiger chemischer Kapitalist.

Seit einem Menschenalter ist in Deutschland aus der märchenhaft reichen Blüte der chemischen Industrie ein junges Fabrikantengeschlecht herausgewachsen, das zu den üppigsten Vertretern des modernen Industriereichtums gehört. Diese jungen Herren sind auf den großen Rennbahnen, in den internationalen Bädern, beim kostspieligen Sport und den teuersten Vergnügungen zu finden. Sie können sich's leisten! Von ihnen gilt das Wort, das dieser Tage der preußische Finanzminister von Rheinbaben bei Einbringung des Budgets für 1908 im Dreiklassenhause im Tonfall eines Bußpredigers von sich gab: solche Herren haben sich einen Hang zu Luxus und Wohlleben angewöhnt, der im krassen Gegensatz steht zur harten Arbeit unsres Volkes. Freilich ist mit solchen moralischen Mahnungen sehr wenig getan. Man muß schon tiefer gehen, um auf die Ursachen der Entwicklung zu kommen, und dazu bietet eine Erinnerung gute Gelegenheit, welche die „Pfälzische Post" in Ludwigshafen aus der chemischen Industrie auffrischt.

Im April 1885 richtete der damalige alte Besitzer der chemischen Düngerfabrik zu Ludwigshafen, Dr. Zimmermann senior, eine Ansprache an seine Arbeiter, in der er offen bekannte:

„Der einzelne Mensch kann zu einem größern materiellen Besitze — zum außerordentlichen Wohlstande — durch eigene Arbeit nicht gelangen; er nimmt, insofern er dazu in der Lage und befähigt ist, andre minder gut Situierte zu Hilfe, um sein Ziel zu erreichen. Er dankt seine Erfolge nebst seinem Fleiße und seiner Umsicht auch dieser Hilfe und damit übernimmt er seinen Helfern gegenüber zweifellos unabweisbare Pflichten."

Diese goldenen Worte sollten heute über dem Fabriktor jeder Unternehmung stehen! Sie würden das jüngere Geschlecht chemischer Kapitalisten, das heute auf fast mühelos erworbenem, d. h. ererbtem Besitze ruht, daran erinnern, daß sich seine Väter noch recht gut der Tatsache bewußt waren, daß man Millionär niemals „durch eigene Arbeit" werden kann. Dazu gehört die „Hilfe andrer, minder gut Situierter", d. h. die Arbeit der Proletarier, die mit kärglichem Lohn gerade so abgefunden werden, daß sie nicht aussterben und immer wieder junge Proletarier liefern. Man kann und darf sie so abfinden, weil man als Kapitalist von Staat und Gesetz in seinem Eigentum geschützt ist und mit diesem macht, was man will. Man läßt also in diesem Eigentum Hunderte von Proletariern unter gesundheitsgefährlichen Arbeitsbedingungen arbeiten, gibt ihnen, der unorganisierten Masse, die sich auf freiem Arbeitsmarkt anbietet und selbst unterbietet, gerade nur die zum Leben und zur Fortpflanzung nötige Lohnsumme, und behält alle übrigen Ergebnisse der Fabrikarbeit für sich. So wird man wohlhabend, reich, Millionen schwer „mit Hilfe andrer, minder gut Situierter". Der alte Ludwigshafener Fabrikant Zimmermann hat dies offen zugegeben und sein Verhalten seinen Arbeitern gegenüber danach eingerichtet. Er hat sie nicht bloß durch Wohlfahrtseinrichtungen zu beglücken versucht, sondern ist ihnen wirklich ein guter sozialer Berater gewesen. Er stiftete mit jener Ansprache vom April 1885 einen Fonds, aus dem seine zehn besten Arbeiter zu folgendem Zwecke Lohnerhöhungen erhalten sollten: „Es sollen namentlich deren Kinder und Töchter unter 18 Jahren in Fabriken nicht arbeiten und noch viel weniger ihre Frauen. Ich bestimme dies ausdrücklich, weil ich in der Arbeit der Frauen des Arbeiterstandes und der noch im eigentlichen Berufe des Weibes ausgebildeten Töchter — außer dem Hause — die hauptsächlichste Ursache alles Uebels im Arbeiterstande erblicke." Der alte Zimmermann wollte also eine Art privaten Arbeiterschutzes für Mädchen und Frauen durchführen. Er wollte ihnen die ungesunde und wenig lohnende, für die Arbeiterfamilie und ihre Gemütlichkeit aber verhängnisvolle Fabrikarbeit ersparen, indem er das Einkommen ihrer Väter und Männer erhöhte. Natürlich mußte dieser Versuch scheitern. Er ließ sich nur machen, solange die Fabrik noch klein war. Wollten die heutigen chemischen Riesenbetriebe ihre Arbeiter so stellen, daß deren Familienangehörige nicht mitzuverdienen brauchten, so müßten sie die Löhne allgemein verdoppeln und auf die Hälfte ihres Millionenprofits verzichten. Solche Opfer bringt aber ein Kapitalist seinen ihm persönlich ganz fernstehenden Arbeitern nicht mehr.

Heute sind die chemischen Fabriken nicht bloß keine Förderer des privaten Arbeiterschutzes, sondern Gegner auch des staatlichen und gesetzlichen Arbeiterschutzes. Nirgends wird mehr und häufiger gesündigt gegen die Gewerbeordnung, als in der chemischen Industrie, und nirgends fehlen mehr besondere Schutzvorschriften für die vielen Giftarbeiter als hier. Die Gewerbeinspektoren sind deshalb unwillkommene Gäste in den chemischen Arbeitsräumen, und die Unfallversicherung deckt nur die schlimmsten Notstände zu, verzeichnet sonst ein fortwährendes Steigen der Unfallziffern. Rücksichtslose Profitwirtschaft ist überall eingezogen, an die proletarischen „Helfer" wird nicht mehr gedacht. Der Zimmermannsche Betrieb in Ludwigshafen selbst ist ein Opfer dieser Entwicklung geworden. In und um ihn fanden voriges Jahr die blutigen Arbeiterkrawalle statt, zu denen eine unaufgeklärte und unorganisierte Arbeiterschaft durch hochgradige Ausbeutung und schroffe Behandlung seitens des Sohnes des alten Zimmermann gereizt und verführt worden war. Beinahe 16 Jahre Freiheitsstrafe sind nachträglich in Strafprozessen wegen jener Zimmermannschen Streikkrawalle verhängt worden. In ihnen ist die alte Zimmermannsche Ueberlieferung vollends zu Grabe getragen worden. Wegen des Betriebes, in welchem einst kein Mädchen und keine Frau arbeiten sollte, ist jetzt eine Frau ins tiefste Elend geraten. War da die Leidensgefährtin einer der Streikenden, der tapfer im Kampfe aushielt und sich und seiner Familie Entbehrungen auferlegte. Sie hat in ihrem Unmute gegenüber den Streikbrechern einmal ein unbedachtes Wort gebraucht. Kein Stoß, kein Schlag, sondern nur ein Wort; aber es mußte seine Sühne finden. Die Frau wurde unter Anklage gestellt, der Mann zudem verhaftet, aber wegen Mangels von Beweisen wieder freigelassen; ein 10jähriges Kind haucht, schwer erkrankt, im Spital sein Leben aus, während die Frau zu gleicher Zeit einem Kinde das Leben schenkt. Mittlerweile erfolgt auch die gerichtliche Verurteilung zu einer Freiheitsstrafe. Nun naht das Fest der allgemeinen Nächstenliebe, die „gnadenbringende" Weihnacht und mit ihr kommt als charakteristisches Merkmal die Aufforderung zum Strafantritt für die Arbeiterfrau. So ists jetzt anders geworden! Die Zimmermannsche Fabrik ist zudem von einer größeren und mächtigeren Kapitalistengruppe der Düngerfabrikation aufgekauft worden und hört auf, als selbständiger Betrieb zu existieren. So stoßen die humanen Kapitalisten die Kleinbetriebe aus, und es bleibt nur übrig der große Kampf zwischen Riesenkapitalisten und Arbeiterorganisation, der die Tausende von Arbeitern Riesenkräfte zuführen müssen und können.

Gewerkschaften, und es hieß dann in demselben: „Solange nicht die Arbeitgeber erkennen, daß ihre Interessen sich **im weitern Umfange** mit denen der christlichen Arbeiterorganisationen decken, ist schwerlich daran zu denken, daß die Sozialdemokratie mit Hilfe dieser Organisationen besiegt werde."

Wenn so die intimsten Freunde der Gewerkschaftsschriften, um der schönen Arbeit der Arbeiterverhetzung neue Freunde zu schaffen, den Gewerkschaftschriften das Neutralitätsmäntelchen vom Leibe reißen und dabei sogar zeigen, wie die Christen die Geschäfte ihrer natürlichen Gegner, der Unternehmer besorgen, nur weil sie einen eingebildeten Gegner bekämpfen, will man dann im christlichen Gewerkschaftslager noch die Phrase von der politischen Neutralität aufrecht erhalten? Will man dann noch die freien Gewerkschaften bekämpfen, nur weil — glücklicherweise — ein großer Teil ihrer Mitglieder zu einer Partei hält, die allein sich ernstlich der Interessen der Arbeiter annimmt und annehmen muß, schon weil sie fast ausschließlich aus Proletariern besteht?

Sollten die christlichen Arbeiter nicht besser darüber nachdenken, was jener Pfarrer Winter in einer christlichen Bauarbeiterversammlung zu Neuenahr nach einem Bericht der ebenfalls christlichen „Baugewerkschaft" sagte:

„Man habe ihm im Verkehr gesagt, es sei gut, daß die christlichen Gewerkschaften festen Fuß faßten, dadurch würde die Sozialdemokratie zurückgehalten. Korrekt sei dieser Standpunkt nicht; die Organisation der Arbeiter müsse aus dem Grunde anerkannt werden, weil sie heute im wirtschaftlichen Leben notwendig sei." Der Bericht verzeichnet hinter diesen Worten „Bravo!" Mit Recht: Der geistliche Redner und die, so ihm Bravo zuriefen, sind auf dem rechten Weg, ohne es selbst zu wissen. Wenn sie ein klein wenig weiter denken, werden sie erkennen, welch traurige Rolle sie als Schutztruppe der politischen Reaktion spielen!

Ludwigshafener Zugeständnisse.

In der Badischen Anilinfabrik zu Ludwigshafen sind im letzten Vierteljahre allgemeine Lohnerhöhungen erfolgt, die, wenn sie auch den Forderungen der Arbeiter nicht ganz entsprechen, so doch immer eine Besserung gegen die frühern Verhältnisse bedeuten. Zuletzt wurde noch eine für alle Betriebszweige gültige Verbesserung vorgenommen, indem den Arbeitern, die 10 Jahre im Betriebe ununterbrochen beschäftigt sind, von 1908 ab ein Ferienurlaub von acht Tagen wird. Der Lohn in Höhe des durchschnittlichen Tagesverdienstes wird für die Ferien weiter bezahlt, außerdem wird noch eine Ferienzulage von 7 Mk. (pro Tag 1 Mk.) gewährt. Diese Verbesserungen zeigen, daß es in der Arbeiterbewegung keine Niederlage gibt. Als die letzte Lohnbewegung abgebrochen werden mußte, wie frohlockten da die Gegner der Arbeiter und die kapitalistischen Soldschreiber mehr oder weniger unverhohlen über den „Mißerfolg" der Gewerkschaften. Wer aber will behaupten, daß sich die Leitung des Riesenbetriebs zu den Verbesserungen herbeigelassen hätte, wenn die gewerkschaftliche Arbeiterbewegung die Hände in den Schoß gelegt hätte?! So endet auch die scheinbare Niederlage schließlich mit einem Erfolge, und wenn man dieses in der Leitung der Anilin heute noch nicht zugeben will, sondern kurzerhand die Vertretung der Organisationen abweist, so wird doch auch die Zeit kommen, wo man auch diesen Standpunkt verläßt und die Organisation der Arbeiter anerkennt.

*

Wie gut im übrigen die Ludwigshafener Anilinfabrik ihr Geschäft versteht, ersieht man wieder aus einer Mitteilung in dem dritten Heft des bayer. Landwirtschaftsrats. Staatsminister Graf Crailsheim (!) hat den oberbayerischen Landwirten an der Alz einige hundert Tonnen von Stickstoffprodukten, wie sie die Fabrik in Norwegen gewinnt, zur Verfügung gestellt. Dr. v. Soxhlet teilt mit, daß der Dünger der Badischen 10—13 Prozent Stickstoff enthalte, der Chilisalpeter 15 Prozent. „Die Firma liefere unter sehr merkwürdigen Bedingungen. Wenn sie jetzt ein solches Geschenk an die Landwirte mache, so möchte er davor warnen, daß irgendwo erzielte günstige Resultate zur Reklame für die Firma verwendet werden." Was hat das zu bedeuten? Nun, die Sache liegt sehr einfach. Die Anilinfabrik handelt bekanntlich immer noch um die Wasserkräfte der Alz, an der sie eine Stickstofffabrik wie in Schweden errichten will. Um nun den bayerischen Staat und die Bauern gefügiger zu machen, wirft sie mit der Wurst nach der Speckseite und schenkt eine große Sendung ihres Düngstoffs. Graf Crailsheim ist nämlich Aufsichtsrat der Anilinfabrik!

Chemische „Arbeiterkunde".

In einer Versammlung von Unternehmern, Chemikern und Fabriksbeamten, wo Ort und Zeit nicht näher angegeben wird, sagte ein Prof. Dr. Stein folgendes Beherzigenswerte: „Für den Chemiker, Werkführer und Beamten ist die „Arbeiterkunde" ebenso wichtig wie irgendein technisches Fach. Von der richtigen Behandlung der Arbeiter hängt der Erfolg der Produktion ebenso sehr und noch mehr ab, als von dem richtigen Gang der Maschinen und dem richtigen Verlauf der technischen Einrichtungen. Dieses Verhältnis hat sich in dem Zeitalter der Großbetriebe nicht zugunsten der menschlichen Arbeit verschoben. Die Arbeit im modernen Großbetrieb ist ganz anders geartet, als in der partriarchalischen Zeit. Der „Fabrikspatriarch" von ehedem kannte seine Arbeiter. Ihre Zahl war nicht groß, er stand ihnen sozial und landsmannschaftlich nahe. Im modernen Großbetriebe ist dieser persönliche Zusammenhang zwar noch nicht überall geschwunden, jedoch in Auflösung begriffen. Ueber den Massen zum Teile landfremder Arbeiter erheben sich die neuen Schichten der Betriebsbeamten, vom Vorarbeiter bis zum Generaldirektor. Der Großbetrieb massiert die Arbeiter, mechanisiert den Betrieb durch Maschinenverwendung, schafft durch Arbeitszerlegung eine komplizierte Arbeitsorganisation, deren Tätigkeit sich gleichsam automatisch vollziehen muß. Dies erfordert eine gleichsam militärische Ordnung mit unbedingter Disziplin. Das Gebot der Disziplin tritt in Widerstreit mit den Forderungen und Anschauungen der politischen und gesellschaftlichen Freiheit. Man hat es in den Arbeitern nicht mit Soldaten, sondern mit Männern zu tun, deren Selbstgefühl durch die politische Agitation, durch gewerkschaftliche Organisation auf das stärkste gesteigert und reizbar gemacht ist. Der Betriebsleiter und Beamte muß heute nicht bloß die Arbeiter, seiner Fabrik, er muß die Arbeiter, die Arbeiterbewegung, deren Organisationen, Führer und Methoden des Arbeitens und Kämpfens kennen. Unsre Zeit steht im Zeichen des Kampfes um die Autorität und die Führung der Arbeiterschaft auch in den Gegenden, in denen das patriarchalische Verhältnis noch besteht. Der Uebergang von patriarchalischen Verhältnissen zu den modernen Arbeits- und Arbeiterverhältnissen vollzieht sich unter besonders schweren persönlichen und sachlichen Konflikten. Um ein gutes Verhältnis zwischen Arbeitern und Fabriksleitern und Beamten herbeizuführen, ist notwendig: 1. Man muß alle Lebenslagen des Arbeiters berücksichtigen. 2. Man muß die Maßstäbe aus dem Leben des Arbeiters entnehmen. Die Arbeiter bilden eine eigene Klasse mit eigenen Anschauungen und Sitten, sie sind keine Kinder und keine halb- oder ungebildeten Bürgerlichen. Bei gründlicher und umfassender Beobachtung der Arbeiter wird man finden, daß sie kein formloser Haufen zermürbter Proletarier sind. Ihr Leben ist nicht minder mannigfaltig und vielförmig, als das andrer Klassen. Daraus ergibt sich auch eine Mannigfaltigkeit der Behandlungsmethoden. Man kann die Arbeiter nicht nach einem Schema, sei es auch mit dem Scheine der Wissenschaftlichkeit umkleidet, behandeln. Von der richtigen Behandlung der Arbeiter hängt die Ordnung in der Fabrik ab. Mancher schwört wohl auf seine papierne Fabrikordnung, sei es, daß sie streng und ausführlich wie ein Strafgesetzbuch, oder liebevoll und ermahnend wie ein Traktätlein sei. Die Betriebsbeamten schaffen die lebendige Ordnung in der Fabrik, je nachdem sie die Arbeiter zu behandeln verstehen. Schwierig ist die Stellung und Aufgabe der Werkmeister, ihre Autorität den Arbeitern gegenüber zu behaupten; sie sind zum Teil aus ihren Kreisen hervorgegangen und stehen ihnen sozial nahe. Die Grundsätze für die Behandlung der Arbeiter sind die gleichen, wie für die rechte Behandlung aller Menschen. Die Führereigenschaften sind in allen Fällen dieselben. Nicht allgemeine Gutmütigkeit, sondern Tüchtigkeit, Entschiedenheit, Gerechtigkeit, Konsequenz und Vertrauen. Das läßt sich nicht in einem Buche erlernen, das ist entweder eine frei zugefallene Gabe oder eine in herben Erfahrungen erworbene Fähigkeit." Am festesten aus diesen verständigen Sätzen müßten sich unsre Unternehmer und ihre Vertreter den von uns unterstrichenen Satz einprägen: man muß die Arbeiterbewegung, ihre Forderungen und ihre Kampfmittel kennen, wenn man heute mit Arbeitern auskommen will. In der Arbeiterbewegung sammelt sich alles Fühlen und Denken und Hoffen unsrer Klasse. Wer sich in unsre Bewegung vertieft, lernt uns richtig kennen.

Blasengeschwülste bei Anilinarbeitern.

Alle die Gewerbekrankheiten sind mit besonderer Vorsicht zu betrachten, die nicht sofort offenkundig ans Licht treten, sondern sich erst nach und nach in schleichender Weise entwickeln. Dahin gehören auch die Blasengeschwülste bei Anilinarbeitern. Das Anilin wird nämlich ziemlich schnell von der unverletzten Haut aufgenommen, wodurch schon akute Anfälle entstehen können. Es genügt bereits, wenn es mit der Haut der Fußsohle, etwa infolge einer schadhaften Stiefelsohle, in Berührung kommt, um einen Arbeiter in wenigen Stunden krank zu machen. Sonst handelt es sich noch um die eingeatmeten Nitrobenzoldämpfe. Wird der Kranke, wie jetzt auch Dr. Seiberth in der „Münch. Med. Wochenschrift" hervorhebt, sofort bei den ersten Anzeichen, die in einer Blaufärbung der Lippen bestehen, aus dem Arbeitsraume entfernt, in ein heißes Vollbad und dann an die frische Luft gebracht, so gelingt es manchmal, den Anfall zu unterdrücken. Geschieht das aber nicht, so wird die bläuliche Verfärbung größer, und es treten Mattigkeit, Brustdruck, Schwindel, Atmungsbeschwerden und zuletzt Bewußtlosigkeit ein. In den nächsten Tagen entleert sich unter heftigem Harndrang blutiger Urin in großen Mengen. Dieses Blutharnen entsteht durch den Zerfall der roten Blutkörperchen infolge der Vergiftung, wobei es auch zu Nierenblutungen kommen kann. Es bildet sich Anilinschwarz usw., das sich in jedem Blutstropfen in Gestalt kleiner schwarzblauer Körnchen befindet und auch auf der Höhe der Vergiftung im Urin nachweisbar ist. — Anders steht es bei chronischen Anilinvergiftungen, deren Erscheinungen an und für sich leichter auftreten. Im Anfang zeigt sich nur ein leichter Harndrang mit etwas dunkler Verfärbung des Harns und dem schon erwähnten bläulichen Aussehen der Lippen. Das ist oft alles, und mancher Arbeiter merkt jahrelang keine andern Krankheitserscheinungen, bis eines Tages Blutharnen auftritt. Geht er dann zum Arzt und wird mit den neuesten Beleuchtungsmethoden untersucht, so stellt sich sehr häufig eine Blasengeschwulst als Ursache dieser Blutung heraus. Eine Operation ist dann nötig, die aber nicht immer völlig zum Ziel führt.

× **Stettin.** In der chemischen Fabrik Union (Grienken) sieht es noch recht böse mit den Räumen für die Arbeiter und Arbeiterinnen aus. In den Abort auf der Fabrik 2 mündet ein Dampfrohr. Es ist fast stets den Arbeitern unmöglich, dort ihre Notdurft zu verrichten, wenn sie nicht gleichzeitig ein starkes Dampfbad nehmen wollen. Auch die Beleuchtung dieser Anstalten bei Nacht läßt sehr viel zu wünschen übrig, so daß man sich sehr häufig zurecht tasten und fühlen muß, wenn man zufällig kein Feuerzeug hat. Sogar das Wasser scheint dieser Fabrik ganz gewaltig viel Geld zu kosten; mindestens muß man zu dieser Ueberzeugung kommen, wenn man weiß, wie sparsam mit jedem Tropfen umgegangen wird. Wenn schon die Tagesarbeiter unter Wassermangel zu leiden haben, wieviel mehr dann erst die Nachtarbeiter! Allerdings ist auf dem gesamten Betrieb kein Brunnen mit Trinkwasser; dies muß von außen hineingeholt werden. Die Nachtarbeiter haben nun aber meistenteils 11 Uhr abends keinen Tropfen mehr. Holen können Sie nichts, denn die Tore sind verschlossen. Sie sind gezwungen, über den Zaun zu klettern, um Wasser herbeizuschaffen! Aber sobald man oben davon Kenntnis bekam, wurde mit Strafe bis zu 3 Mk. oder Entlassung gedroht. Allerdings ist ein Tor vorhanden, durch das man gehen kann. Dies Tor führt aber zu einem Lokal, welches der Fabrik gehört und das sie verpachtet. Der Pächter hat hierfür jährlich an die Fabrik 4000 Mk. Pacht zu zahlen. Die Kundschaft dieses Wirtes besteht zum allergrößten Teil aus Arbeitern des Werkes. Als Beweis hierfür sei nur angeführt, daß im vorigen Jahre der Wirt, nachdem die Arbeiter sich verständigt hatten, nicht mehr dort zu verkehren, und dies auch strenge durchführten, schon nach 14 Tagen das Lokal verlassen mußte. Behufs Beseitigung des Wassermangels ist von der Organisationsleitung ein Schreiben an die Direktion gesandt und um Antwort gebeten; bis jetzt ist weder Abhilfe geschaffen, noch Antwort erfolgt. Im Sommer hat man häufig genug sehen können, daß die Arbeiter sich mit schmutzigem Oderwasser begnügten mußten. Die Seilbahnen endlich zur Löschvorrichtung und für die Mühlenfahrer sind nur bei den Fahrstühlen mit einer Schutzbrücke versehen. Unter ihnen befindet sich aber der Kiesbrecher. Die hierbei beschäftigten Arbeiter sind in steter Lebensgefahr, von einem herabfallenden Kasten erschlagen zu werden. Nach dem Geschäftsabschluß für 1906/07 sind bei der „aufopferndsten Tätigkeit" der leitenden Personen „nur" 15 Prozent Dividende herausgewirtschaftet worden nach reichlichen Abschreibungen auf allen Seiten. Wann werden sich endlich einmal die Arbeiter so für ihre Organisation und ihren Lohn „opfern", wie die Unternehmer für ihren Profit?